

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7383

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 11. November 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Wie man die Gerechtigkeit irreführt. — Aus dem gewerblichen Recht. — Die Sehnsucht der Selben. — Die Frauen und die Arbeiterbewegung. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Industrie und Feuerung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Soziale Rechte und Pflichten. — Steinausschreibungen. — Literarisches. — Gedicht: Tuppeln. — Feuilleton: Das Klima Deutschlands. — Aphorismen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Rembach: Firma Seubert. — Löwenberg (Schles.): Firma Ende. — Gera: Granitwerk Korb & Löpelmann. — Neusorg: Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-Aktien-Gesellschaften. — Strehlen: Pflastersteinwerk Schall.

Köln II. Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist nach längeren Verhandlungen mit Erfolg beendet. Der Stundenlohn beträgt für Marmorhauer 65 und 68 Pfg., für Handschleifer 60 Pfg., für Maschinenschleifer 50 Pfg. Die Tarifdauer ist zwei Jahre; im kommenden Jahre erfolgt eine Aufbesserung der Stundenlöhne und Akkordpreise um fünf Prozent.

Dresden. Bezüglich des Sandstein-Normaltarifes für das Königreich Sachsen konnte in der Sitzung vom 2. November mit den Unternehmern eine Einigung nicht erzielt werden. Die Differenzen zeigten sich bei der Fixierung der Prozentzuschläge. Ob eine Einigung ermöglicht wird, liegt lediglich bei den Herren Unternehmern.

Ramen. Im Weilandischen Schotterwerk soll den Arbeitern per Kubikmeter ein Abzug von 20 Pfg. gemacht werden. Die 250 Schotterschläger sind über dieses Herbstgeschenk aufs äußerste empört. Verhandlungen mit der Firma sind angebahnt.

Oesterreich. Gesperret sind: Kottes, Mühlendorf, Böhla, Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sehdorf, Schwarzwasser und Smilowitz.

Schweiz. Gesperret sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe. — Soeben wird uns gemeldet, daß sich wiederum Streikbrecheragenten in der Rheinpfalz aufhalten. In Lauterbach wurden mehrere Arbeitswillige angeworben. Wir warnen vor diesen Agenten in eindringlicher Weise.

Ungarn. Gesperret sind: Temesvar, Agram, Pecs und Fiume.

Wie man die Öffentlichkeit irre führt.

In der deutschen Hartsteinindustrie herrscht dieses Jahr ein recht flotter Geschäftsgang. Für die Arbeiter ist das sicherlich eine recht erfreuliche Erscheinung, und man müßte meinen, daß diese Tatsache auch die Unternehmer mit Schmunzeln konstatieren würden. Die Zeitschrift für die Steinbruchbesitzer genossenschaft brachte nun am 31. Oktober einen Artikel mit der Ueberschrift: „Aus der sächsischen Hartsteinindustrie“. Darin finden sich mehrere völlig falsche Behauptungen vor, die wir doch richtigstellen möchten, weil immer das Lied vom schlechten Stand der Hartsteinindustrie gesungen wird. Damit soll natürlich in erster Linie erreicht werden, daß die Lohnforderungen der Steinarbeiter mit einer leichteren Begründung abgelehnt werden können. Die genannte Zeitschrift schreibt:

Was die sächsische Hartsteinindustrie im großen und ganzen anlangt, so interessiert die Lage in den Bezirken Grimma, Mulden, Alt-Dschag, Dornreichenbach, Klein-Steinberg, Sommasch, Ködnitz, Altenhain und in der sächsischen Lausitz. Die meisten Steinbruchbesitzer in diesen Bezirken sind mit der diesjährigen Geschäftslage nicht zufrieden. Ihre völlig unzureichende Beschäftigung führen sie auf den Wettbewerb der nordischen Steinbrüche zurück. Eine ganze Anzahl von ihnen befürchtet sogar, daß sie, da ein Zoll für schwedische Pflastersteine nicht zur Einführung kommt, ihre Betriebe in nicht allzu fernem Zeit werden einstellen oder doch wesentlich einschränken müssen. Eine Firma erklärt folgendes: Der schwedische Stein erobert sich in Deutschland immer mehr Feld. Manche Stadtverwaltungen, auch solche in Sachsen, schließen deutsche Steine überhaupt von der Submision aus. Hier können die Schweden für ihre Steine gewinnbringende Preise erzielen. Einen Teil dieses Gewinns opfern sie dann an den Orten, wo sie mit den deutschen Steinen in Wettbewerb treten müssen, indem sie zu Preisen anbieten, für die deutsche Werke einfach nicht liefern können. So gelingt es ihnen, die deutschen Reihenpflastersteine immer mehr und selbst aus alten, weit im Inlande liegenden Absatzgebieten herauszudrängen. Kein Wunder, wenn dann die Lager in den Steinbrüchen überfüllt sind. Ein Beispiel hierfür: In den Steinbrüchen der Amtshauptmannschaft Grimma sind im vergangenen Jahre etwa 180 000 Kubikmeter Reihenpflastersteine unverkauft geblieben, die einen Wert von etwa 1 000 000 Mark repräsentieren.

Leider ist die sächsische Steinindustrie an den großen Lieferungen für die deutschen Seeplätze und für den Kaiser-Wilhelm-Kanal nicht oder nur in geringem Maße beteiligt, weil die Frachtverhältnisse für sie zu ungünstig liegen.

Wenn jetzt der Geschäftsgang flau sein soll, dann wissen wir überhaupt nicht, wie es zu Zeiten des flotten Geschäftsganges bestellt sein müßte. Es ist zur Genüge bekannt, daß in der sächsischen Hartsteinindustrie im heurigen Jahr noch kein Mann wegen Arbeitsmangel entlassen wurde. Wir haben nun sofort eine Enquete in unsern Zahlstellen veranstaltet und dabei unter anderem die Frage gestellt:

Wieviel Quadratmeter Pflastersteine liegen in runder Summe auf den Lagerplätzen vorrätig? Die Antworten, soweit sie sich auf die Steinbruchbezirke des Königreichs Sachsen beziehen, lauten folgendermaßen:

Aue: Vorrätig sind bloß 2000 Quadratmeter.

Bischofswerda: Vorrat ist keiner vorhanden.

Beutha-Brandis: Der Geschäftsgang ist ein vorzüglicher. Es sind hier auch etwa 100 Ausländer beschäftigt. Vorrat ist keiner vorhanden, nur einige „Renommierten“ sind zu entdecken.

Cunewalde: Die 50 Quadratmeter sind ohne Bedeutung.

Häselich: Der Geschäftsgang ist sehr flott, nur etliche Quadratmeter liegen vorrätig.

Grimma: Feuer ist kein Vorrat zu verzeichnen.

Falkenhain: Wir haben sehr guten Geschäftsgang.

Demitz-Thumitz: Die Lagerplätze sind leer, der Geschäftsgang ist gut.

Döbau-Opfich: Die Pflastersteine gehen, wie man zu sagen pflegt, wie die warmen Semmeln weg.

Neusalza: Von der Haubank weg werden die Steine gleich zur Bahn geschafft.

Dschag: Dieses Jahr scheint ein fabelhafter Geschäftsgang zu herrschen. Vorrat kennen wir nicht.

Kleinberg: 400—500 Quadratmeter liegen auf den Plätzen, doch das ist nicht einmal das Ergebnis einer Wochenproduktion.

Mittweida: Die Lagerplätze sind leer, der Geschäftsgang muß als ein sehr guter bezeichnet werden.

Königsbrunn: Wir müssen kurz mitteilen, daß vorrätige Pflastersteine nicht vorhanden sind.

Burzen: Der Geschäftsgang ist vorzüglich. Es wird mit Hochdruck produziert. Von Vorräten ist nichts zu entdecken.

Durch unsere Umfrage ist die Behauptung in der Unternehmerzeitschrift geradezu glänzend widerlegt. Wir hätten diese Zeugnisse erst gar nicht nötig gehabt, denn wir wissen aus eigener Anschauung, daß die Lagerplätze völlig leer sind. Lächerlich ist der Hinweis auf die schwedische Konkurrenz. Wir fordern das Blatt auf, ohne Umschweife zu erklären, welche Stadt in Sachsen deutsches Steinmaterial bei der Submision ausschließt? Vorläufig setzen wir hinter diese Behauptung ein großes Fragezeichen, denn in der schwedischen Pflastersteinfrage ist unternehmerseitig schon genügend zusammenzufabriert worden. Vorweg sei aber erklärt, daß wir als Arbeiter jene Ausschließung des deutschen Gesteins strengstens verurteilen würden.

Die sächsische Steinindustrie ist zu den Lieferungen des Kaiser-Wilhelms-Kanals in ziemlich umfassender Weise herangezogen worden. In Demitz werden zu diesem Bau allein 3000 Kubikmeter Werksteine hergestellt. Auch Schloffen und das Fichtelgebirge wurden bei der Vergabung jener Arbeiten berücksichtigt. Die Lausitzer Granitindustrie hat sicherlich keinen Grund, sich darüber zu beschweren, daß sie bei den Kanalbauaufträgen zu wenig mit Aufträgen bedacht worden wäre.

Die schwedische Konkurrenz kommt gerade im heurigen Jahre für sächsische Unternehmer am allerwenigsten in Frage. Wir haben schon unzweideutig in früheren Artikeln dargelegt, daß auch wir wünschen, daß die städtischen Behörden in erster Linie deutsches Material kaufen sollen. Die angebliche schwedische Konkurrenz wird bei allen Gelegenheiten vorgeschützt, damit die Arbeiter in Schach gehalten werden können und ja keine Lohnforderungen stellen sollen. Gegen eine solche Stimmungsmache in der Unternehmerpresse legen wir entschieden Protest ein.

Ganz unglauwürdig ist die Geschichte mit den 180 000 Kubikmeter Reihenpflastersteinen im Grimmaer Bezirk. Aber wenn sie zunächst wahr wäre, für den schlechten geschäftlichen Stand der Steinindustrie würde sie absolut nichts belegen. Unsere Umfrage zeigt ja, daß in Grimma, Falkenhain und Dschag die Lagerplätze keine vorrätigen Pflastersteine aufweisen. Und wenn im Vorjahre die Bestände so groß waren, nun wie glänzend muß heuer der Geschäftsgang sein, weil jetzt die angeblichen Vorräte doch verkauft sind. Aber wie gesagt, das Beispiel kommt uns recht unwahrhaftig vor. 180 000 Kubikmeter Reihenpflastersteine sollen „bloß“ einen Wert von einer Million Mark haben, das ergäbe auf den Kubikmeter einen Preis von 5.50 Mk. Der Quadratmeter käme dann etwa auf 90 Pfg. zu stehen, wohlgerne im Verkaufspreis. Vom rechnerischen Standpunkt aus sagen wir, daß die 180 000 Kubikmeter einen bedeutend höheren Wert haben müßten. Wir meinen, der Verfasser des Artikels in der Unternehmerzeitschrift hat sich

seine Angaben so ziemlich aus den Fingern gesogen. Und wenn nicht Qualitätsware in Frage kommt, dann kann Schweden überhaupt nicht konkurrieren. Der Quadratmeter Pflastersteine kostet etwa 5—8 Mk., je nach Qualität, aber um 90 Pfg. kann man Reihensteine nicht liefern. Wir müssen nur die Bereitwilligkeit der genannten Zeitschrift bewundern, daß sie ein solches Exemplar ungeprüft aufnahm. Wo bleibt da die Sachverständigkeit?

Trotz dieser irreführenden Alarmnachrichten lassen sich die Steinarbeiter nicht düpiieren. Die Unternehmer wollen damit ja nur bezwecken, die Arbeiter ungünstig zu beeinflussen, damit diese in Zukunft von Lohn- und Tarifbewegungen Abstand nehmen sollen. Der Zentralverband deutscher Steinarbeiter wird aber auch die Hartsteinindustriellen dazu drängen, daß sie in Zukunft gewillt sind, mit den organisierten Arbeitern Tarifverträge abzuschließen. Im übrigen sind wir gespannt, was die Unternehmerzeitschrift auf unsre Darstellung hin sagen wird. —

Aus dem gewerblichen Recht.

Dem deutschen Reichstage sind schon mehrfach Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten dahingehend unterbreitet worden, der Reichstag möge beschließen: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festlegung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens acht Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden zugelassen werden.“ Daß solche Anträge bei der jetzigen Zusammenkunft des Reichstags in demselben keine Annahme finden, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. So werden wir denn den Achtstundentag im Auslande weit eher an wie in Deutschland. Während z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika für alle Staatsbetriebe und alle Privatbetriebe, die für den Staat arbeiten, der Achtstundentag gesetzlich eingeführt ist, in Großbritannien ebenfalls in den Staatsbetrieben, haben sich in Deutschland nur wenige Unternehmer gefunden, die zur Einführung des Achtstundentags geschritten sind. U. a. ist hier das bekannte Karl-Zeiss-Institut in Jena zu nennen, ebenso alle Druckereien, in denen sozialdemokratische Zeitungen gedruckt werden. Im übrigen bestimmt sich die tägliche Arbeitszeit in erster Linie nach der darüber ausdrücklich oder stillschweigend getroffenen Vereinbarung. Fehlt es an einer solchen, so richtet sich der Beginn und das Ende der Arbeitszeit nach den allgemeinen Vertragsregeln des § 242 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welcher lautet: „Der Schuldner ist verpflichtet, die Leistung so zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“ Da diese Bestimmung sehr dehnbar ist, kann den Arbeitern nur dringend geraten werden, sofort beim Engagement Klarheit über die Dauer der Arbeitszeit, ebenso über die Lohnhöhe usw. zu schaffen.

Einen allgemeinen Maximalarbeitsstag steht die Gewerbeordnung nur für die jugendlichen Arbeiter und für die Arbeiterinnen vor. Dann kann — aber nicht muß — der Bundesrat noch den jogen. sanitären Maximalarbeitsstag in Gewerben einführen, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom Jahre 1896 beträgt u. a. die Arbeitszeit der Gehilfen in Vädereien und Konditoreien 12 Stunden, für Lehrlinge im ersten Jahre 10, im zweiten Jahre 11 Stunden. Hier ist also die Arbeitszeit noch recht lange ausgedehnt, ebenso bei den in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Gehilfen und Lehrlingen, den in Getreidemöhlen und offenen Verkaufsstellen Beschäftigten, für die entsprechende Ruhezeiten nach Schluß der Arbeitszeit vorgeschrieben sind. Der Unternehmer muß Vorsorge treffen, daß die Arbeit seiner Angestellten während der Ruhepausen unterbleibt. Der Arbeiter darf sich die gesetzlich gewährleisteten Ruhepausen aber erst dann selbst nehmen, wenn sie ihm nicht rechtzeitig gewährt worden sind. Kinder unter 12 Jahren dürfen nun in Betrieben, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden, überhaupt nicht, Kinder über 12 Jahre nur dann beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden, die der jungen Leute zwischen 14—16 Jahren nicht länger als 10 Stunden täglich überschreiten. Arbeiterinnen dürfen nicht länger wie 10 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage 8 Stunden beschäftigt werden. Zwischen der Arbeitszeit sind entsprechende Erpausen vorgeschrieben, deren Dauer sich nach dem Alter richtet; bei den Arbeiterinnen kommt für die Mittagspause noch in Betracht, ob sie ein Hauswesen zu besorgen haben. Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während 8 Wochen nicht beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verfloßen sind.

Was nun die Sonn- und Feiertagsarbeit anbelangt, so können die Gewerbetreibenden die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Arbeiten an diesen Tagen nicht verpflichten. Nur für das Handwerksgerbe sind einzelne Stunden freigegeben. Auf Arbeiten, welche in Notfällen und im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen, finden die Bestimmungen über die Sonntagsruhe keine Anwendung. Wegen Sonntagsarbeit macht sich nicht allein der Unternehmer, sondern auch der dabei betroffene Arbeiter strafbar. In einem Falle hat sogar das Gewerbegericht Offenburg die Klage eines Photographenachiffen abgewiesen, der Bezahlung für verbundene Sonntagsarbeit verlangte. Das Gericht urteilte u. a. wie folgt: „Es geht nicht an und könnte nur zu einer Vermeh-

...ung der Uebertretungen führen, wenn man dem Arbeiter, mit dessen Beihilfe die Uebertretung zustande gekommen ist, einen klagen Anpruch auf Vergütung für die innerhalb der freien Zeit geleistete Arbeit zuerkennen wollte. — Das Gewerbegericht Stettin verurteilte einen Unternehmer, der einen Arbeiter wegen verweigerter Sonntagsarbeit entlassen hatte, zu der geforderten Lohnentschädigung. — Das Gewerbegericht Halle a. S. hielt dagegen die Entlassung eines Konditors für berechtigt, der sich geweigert hatte, an einem der zur Arbeit freigegebenen Sonntage während der Weihnachtszeit zu arbeiten. — Darüber, ob für gesetzliche Feiertage ein Lohnabzug zulässig ist, geht die Rechtsprechung auseinander. Das Gewerbegericht Berlin hat bereits Arbeiter, die im Wochenlohn standen, mit Klagen auf Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage abgewiesen, die Gewerbegerichte Offenbach und Charlottenburg dagegen haben der Klage stattgegeben. Das Gewerbegericht Berlin stützt die Abweisung u. a. mit auf Schenkel, Kommentar zur Gewerbeordnung, in welchem es an einer Stelle heißt: „Erstlich die Unmöglichkeit der Leistung aus einem zufälligen Umstande, der weder in einem noch andern Teile seinen Sitz hat, z. B. daraus, daß die betreffende Art von Dienstleistungen (Nachtarbeit, Arbeit von Frauen und Kindern) gesetzlich verboten wird, so hat der Arbeiter niemals Anspruch auf die Gegenleistung (vergl. Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen vom 7. Dezember 1880).“ Das Gewerbegericht Offenbach ging bei der Beurteilung des Unternehmers davon aus, daß, wenn er die Feiertage nicht hätte bezahlen wollen, dies beim Engagement oder durch die Arbeitsordnung klar zum Ausdruck hätte bringen müssen. Das Gewerbegericht Charlottenburg verweist auf Lorenz, Der gewerbliche Arbeitsvertrag, S. 49, wonach der Lohn für die gesetzlichen arbeitsfreien Feiertage zu zahlen sei. — Für jüdische Feiertage (Neujahrs- und Versöhnungsfest) ist natürlich nach einer Entscheidung des Berliner Gewerbegerichts der Lohn zu zahlen.

Darüber, ob nun für geleistete Ueberstunden Bezahlung verlangt werden kann, herrscht auch noch Unklarheit. Zunächst ist daran festzuhalten, daß, wenn die Dauer der täglichen Arbeitszeit begrenzt und der Lohn nach Stunden, Tagen oder Wochen berechnet wird, zweifellos die über die Arbeitszeit hinaus geleisteten Ueberstunden besonders zu vergüten sind. Werden jedoch Ueberstunden längere Zeit hindurch geleistet, ohne dafür Bezahlung zu verlangen, dann kann sehr leicht aus dem Schweigen des Arbeiters gefolgert werden, daß er mit der Leistung der Ueberstunden ohne Bezahlung einverstanden war. Dasselbe würde für die Bezahlung der Feiertage zutreffen. Nach einer Entscheidung des Magdeburger Gewerbegerichts kann der Arbeiter für die über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus geleistete Mehrarbeit (Ueberstunden) eine angemessene besondere Vergütung verlangen. — Nach zwei Entscheidungen des Berliner Gewerbegerichts kann dagegen gegen Wochenlohn ohne Festsetzung der Arbeitszeit angenommen werden, daß Ueberstunden keine besondere Vergütung verlangen. — Wenn man vorher schon Ueberstunden geleistet hat, soll man nach einer Entscheidung des Duisburger Gewerbegerichts nicht berechtigt sein, plötzlich diese Ueberstunden zu verweigern. In solchen Fällen müsse dem Unternehmer erklärt werden, daß nach Ablauf der Kündigungszeit — 14 Tage — keine Ueberstunden mehr gemacht würden. — Viel zu weit dürfte eine Entscheidung des Hamburger Gewerbegerichts gehen, wonach der Arbeiter zur Verrichtung von Ueberstunden ohne weiteres verpflichtet sei. Im vorliegenden Streitfall kam ein Abbruchbetrieb in Betracht. — Ganz entgegenge setzt entschied wieder das Bremer Gewerbegericht, und zwar, daß der Unternehmer über die tägliche Arbeitszeit hinaus die Ausführung von Arbeit nicht verlangen könne.

Bei dieser schwankenden Rechtsprechung ist es Pflicht der Arbeiter, beim Abschluß des Arbeitsvertrags sofort über die Lohnhöhe, Dauer der Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, eventuell Sonntagsarbeit usw. Klarheit zu schaffen, sofern diese Fragen nicht schon durch für das herr. Gewerbe abgeschlossene Tarifverträge geregelt sind. Die Gewerkschaften sind ja nun unausgesetzt bemüht, die Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten. Wie die Erfahrung lehrt, wehren sich die Unternehmer am meisten mit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Deshalb sind hier gesetzliche Maßnahmen zu verlangen. Mitteln wir somit die Arbeiter allerorts auf, sich auch politisch zu betätigen, damit bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur solche Abgeordnete gewählt werden, die für Sicherung und Erweiterung des Sozialrechts sowie für erweiterte Arbeiterschutzgesetzgebung eintreten. Die Arbeiter müssen alles daran setzen, die Gesetzgebung nach dieser Richtung vorwärts zu drängen. Dies kann aber nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei geschehen.

Die Sehnsucht der Gelben.

Das gelbe Parlament, das sich „Hauptauschuß der nationalen Arbeiterverbände“ nennt, hatte sich am 6. November in Berlin zusammengefunden. Verschiedene Scharmacher in Uniform und Zivil verschönten das gelbe Fest mit ihrer Anwesenheit. Da war der faktisch bekannte Krenndt, in dessen Wahlkreis die schändlichste Kinderausbeutung floriert, da war der Generalmajor v. Voebell, dem schon die christlichen Gewerkschaften des Königslandes verdächtig sind, und da war der Generalfeldmarschall v. d. Goltz, dessen jungtürkische Jüglinge beinahe einen Sultanmord begangen hätten, sich aber schließlich mit einfachem Hochverrat begnügten, und der jetzt in „nationaler Jugendpflege“ macht. Auch ein deutscher Richter war zur Stelle, Böckling mit Namen und nationalliberaler Landtagsabgeordneter nebenbei, der mit innigem Behagen sich der drakonischen Urteile „seiner“ Strafkammer gegen die Mitglieder der freien Gewerkschaft rühmte und einen Blick in die Verfassung der Klassenjustiz gewährte. Auch die Behörden zeugten den Gelben natürlich in ausgiebigster Weise ihr Wohlwollen. An der Ehrenfestel bemerkte man (nach der Ordnungspresse) etwa 100 Vertreter der Ministerien, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, der Polizeipräsidenten von Groß-Berlin, der rechtsstehenden Parteien des Parlaments, eine große Zahl von Industriellen, Professoren usw.

Angewidelt gehören dem gelben Hauptauschuß 8 „nationaler“ Arbeitervereinigungen mit 130 000 Mitgliedern (?) an. Neuerdings sind zugetreten der Bund der Staatshandwerker in den königlich technischen Instituten und der Bund der gelben Fleischergehilfen. Den Kern der Gelben bildet der Bund Deutscher Werkvereine, über den Kupp-Willingen (Rheinprovinz) berichtet. In Augsburg, Nürnberg und Magdeburg floriert die Bewegung und in Berlin, wo der Siemens-Schuckert-Berein 17 000 Mitglieder zähle, habe sie ihre größte Ausbreitung gefunden. Dagegen klagte der Redner Stein und Wein über das Stocken der Bewegung in Sachsen. Schamhaft sprach er von verschiedenen Maßnahmen, die nicht erörtert werden können. Hinter dieser Umhüllung verbirgt sich die für die Gelben allerdings sehr betrübliche Tatsache, daß das sächsische Scharmachertum es glücklicherweise fertiggebracht hat, auch die „Vaterländischen“ rebellisch zu machen.

Feuer-Berlin berichtete über den Bund der vaterländischen Arbeitervereine. Angeblich soll dieser Bund jetzt 152 Vereine mit 32 000 Mitgliedern zählen. Mit anerkennenswerter Offenheit gab Herr Feuer zu, daß dieser Bund der Geburtsstätte des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sein Dasein verdankt. — Wischnowsky-Berlin berichtete über den gelben Baderbund, wobei er die Behauptung in die Welt setzte, daß in Berlin 1904 etwa 4000 Gesellen zwangsweise in die „sozialdemo-

kratischen“ Organisationen „hineingewürgelt“ seien. — Inbrünstig um das Wohlwollen der hohen Behörden und Arbeitgeber flehte Lehmann-Spandau namens des Bundes der Staatshandwerker.

Die beiden Referate über die Notwendigkeit der „nationalen Arbeiterbewegung“ und über „Streik und Arbeitswilligenschug“, die Fichtner und Feuer-Berlin erstatteten, waren beide weiter nichts als Variationen des Schreies nach dem Zuchthausgesetz.

Von nahezu kindlicher Naivität zeugte die Bitte des Herrn Fichtner an die Arbeitgeber, den Arbeitslohn nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach sittlichen Grundfragen zu bewilligen. Bezeichnend war es, daß die Voreinrichtung des prähistorischen Wahlrechts die Billigung Fichtners fand. Wer einem so kranken Gliede weitere Nachhilfe in die Hand gebe, begehe Selbstmord. Stürmischer Beifall unterstrich diese Rechtfertigung der Arbeiterentrichtung! Im Produzieren von Schauerwären geradezu unübertrefflich erwies sich Feuer-Berlin. Es gäbe keine Höllenqualen, die nicht gegen Arbeitswillige angewandt würden. So eine Verrohung sei unerhörte in der Weltgeschichte. Arbeiter würden niedergemetzelt und man vergriffe sich sogar an Frauen und Kinder der Arbeitswilligen. Leider habe der Reichstag versagt. Es sei schade, daß die bürgerlichen Sozialideologen nicht die friedliche Arbeit der Streikposten am eigenen Leibe kennen lernen (Stürmischer Beifall), dann würden sie schnell vom Schlagwort der Solidarität geheilt werden. — Die andern Redner hieben in dieselbe Kerbe. Ein Kieler Gelber vermifft das genügende Scharmachertum bei den Offizieren der Werk und hält die Klassenjustiz für noch nicht schnell genug. Kupp-Willingen erklärte: Von den Christlichen und Stürch-Dunderschen trennt uns eine unüberbrückbare Kluft. Ihre Kampfesweise gegen uns ist zum Teil noch rüder als die der Sozialdemokratie, weil sie ihre Gefolgshaft nicht anders halten können. (Stürmischer Beifall.) Wischnowsky-Berlin jammerte herzerregend über den Boykott. Sein meistertreues Herz hebt vor sichtlich Enttäuschung darüber, daß 50 Prozent der Berliner Bäckermeister zur Lohnbewilligung gezwungen sind. Er verlangte als Ergänzung einer neuen Zuchthausvorlage ein besonderes Anti-Boykottgesetz.

Recht interessant waren auch die Ausführungen der Ehrengäste. Generalmajor v. Voebell stellte sich als geistigen Arbeiter vor. Die Gewerkschaften, auch die christlichen, seien Kampfesorganisationen geworden, deshalb mühten auch die Christlichen manchmal mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Aber Herr v. Voebell hat noch nicht alle Hoffnung aufgegeben; er hofft auf die Zeit, in der sich Christliche und Vaterländische zu einem allgemeinen Ordnungsbund zusammenfinden. Ganz begeistert ist Herr Dr. Krenndt von der vaterländischen Arbeiterbewegung. Mehr als in der Sozialdemokratie liege in den freien Gewerkschaften die Gefahr für unsere soziale, wirtschaftliche und nationale Entwicklung. Dieser Stummjünger rühmte sich, daß er für das Zuchthausgesetz eingetreten sei. Öffentlich merkte sich das die Proletarier im Mansfeldischen. Herr Krenndt hatte die Stirn, zu erklären, daß er mit seinem Kampf für das Zuchthausgesetz für die Freiheit eingetreten sei!! Und die angebliche Arbeiterversammlung brüllte frenetischen Beifall!!! Es paßte in den Rahmen, daß Herr Krenndt die Arbeitswilligen als Helden und Märtyrer feierte und das Fehlen eines Zuchthausgesetzes als nationale Schande hinstellte. Sein Hauptvogel schob aber der nationalliberale Landtagsabgeordnete und Landrichter Dr. Böckling ab. Angesichts der erdrückenden Fälle drakonischer Urteile gegen Streikende hatte der Herr den Mut, zu behaupten, daß Beschimpfungen, Belästigungen und Körperverletzungen unbestraft bleiben! Oder meint er vielleicht, daß sie unbestraft bleiben, wenn sie von Couleurstudenten ausgehen? Dann hat er recht. Unter stürmischem Beifall der „Gelben“ erklärte dieser Richter, seine Kammer habe sich nicht geniert, wenn Leute gefaßt werden konnten, von den gesetzlichen Bestimmungen energischen Gebrauch zu machen. In verblümmten Worten erklärte der Herr, den hoffentlich in Zukunft jeder angeklagte Sozialdemokrat oder Gewerkschaftler als der Befangenheit dringend verdächtig ablehnen wird, daß in Streikprozessen die Arbeitswilligen von Anwälten, Parteigenossen oder Arbeitskollegen zum Meinel verleiht würden. Leider wählte er Worte, die eine gerichtliche Festnagelung dieser unerhörten Anschuldigung unmöglich machen. — Als letzter Ehrengast überbrachte der Reichsverbändler Friedrich Lange die Grüße der nationalgesinnten Kreise, will sagen der Radikalfemiten. Und damit fand das gelbe Parlament sein würdiges Ende.

Die Frauen und die Arbeiterbewegung.

Die Millionen Frauen, die heute in der Erwerbsarbeit fronden, können der Idee der Organisation näher gebracht werden. Sie fühlen ja an ihrem eigenen Leibe, wie schwer die Bürde der Arbeit auf ihnen lastet. Der karge Lohn läßt sie die Schwere des Kampfes um das tägliche Brot erkennen. Deshalb finden diese Frauen den Weg der gewerkschaftlichen Organisation viel schneller als die Heimarbeiterrinnen und die „nur“ Hausfrauen. Der Kampf, den die Gewerkschaften führen, soll auch den Arbeiterinnen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten bringen. Mehr Brot und mehr Freiheit, das erweckt aus Gleichgültigkeit.

Schwerer und langsamer jedoch gelangen die Frauen zu dem vollen Verständnis für die Zusammenhänge zwischen den politischen und den gewerkschaftlichen Kämpfen. Das Proletariat kann aber nur dann den wirtschaftlichen Kampf erfolgreich beenden, wenn ihm nicht durch die politischen Verhältnisse Schwierigkeiten bereitet werden.

St schon liegen bei wirtschaftlichen Kämpfen der gewerkschaftlich organisierten Frauen und Männer die Regierungen Militär gegen sie aufmarschieren. Man denke ferner an alle Schikanierungen, denen streikende Arbeiter ausgesetzt sind.

Die Gewerkschaften, das Koalitions- und Versammlungsrecht unterziehen den Gesetzen des Staats. Das Koalitionsrecht ist eins der wenigen Rechte, die Frauen in demselben Maße genießen wie die Männer. Dieses Recht ist allen Arbeitgeber ein Dorn im Auge, sie möchten eine Beschränkung desselben durchdrücken. Und neben den Scharmachern und Junkern liebäugeln nun sogar die Christen aus Haß gegen die freien Gewerkschaften mit einem sogenannten Arbeitswilligengesetz, das tatsächlich die Koalitionsfreiheit erdrücken soll. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hinderte bisher immer noch daran, daß sich für solche Gesetze eine Majorität fand. Jetzt hat die Regierung auf Geheiß der Arbeiterfeinde einen andern Plan ausgeheckt. In ein Reichsstrafgesetzbuch will man in jesuitischer Weise Bestimmungen hineinpraktizieren die das Koalitionsrecht unwirksam machen sollen. Der Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll erschwert werden. Deshalb müssen alle Frauen mithelfen, daß bei den Wahlen die Kandidaten der Arbeiterchaft die Mandate erobern.

Wenn sich auch die Löhne in einzelnen Branchen erhöht haben, so empfinden die Arbeiter doch keine Erleichterung. In derselben Zeit sind nämlich die Lebensmittelpreise viel schneller gestiegen als die Löhne. Sollen unsere Kämpfe um ein größeres Stück Brot wirklich Erfolg haben, so dürfen wir es nicht länger dulden, daß aus unsern Taschen jeder Plünderer seinen Profit holt. Der Staat nimmt die Millionen, die er für seine Kriegsschiffe und Kanonen braucht, in der Form von indirekten Steuern und Zöllen von dem kargen Lohn. Der Unternehmer kürzt den Verdienst, und er schläßt den Arbeiter noch einmal, wenn er ihm seine Waren verkauft.

In der Steinindustrie sind Hunderte von Arbeiterinnen beschäftigt, hoffentlich finden auch sie den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation. Es kann hierbei selbstredend nur der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) in Frage kommen.

Korrespondenzen.

Chemnitz. Dienstag, den 17. Oktober, fand in Maternus Restaurant Arbeiterbörse unsere diesjährige Generalversammlung statt. In dieser wurden die Neuwahlen zum Gesamtvorstand, Kartell, zur Bauarbeiterchutz- und Tarifkommission vorgenommen. Unser jetziger Vorsitzender und Kassierer Bruno Reichold wurde gegen eine Stimme wiedergewählt, und eruchte derselbe um bessere Unterstützung und kollegialer Mitarbeit seitens der Zahlstellenmitglieder. Als besonderer Punkt stand auf der Tagesordnung: Berichterstattung über eine einzuuberufende Gaukonferenz. Fremden erregte es bei den Kollegen, daß nach diesem Bericht ohne Zustimmung des Zentralvorstands eine Gaukonferenz nicht stattfinden kann. Hier läuft man eben wie die Kage um den heißen Brei herum. Diefem Uebelstande muß der nächste Verbandstag abhelfen, wenigstens steht die Zahlstelle Chemnitz auf dem Standpunkt, daß, wenn mehrere Zahlstellen eine solche Konferenz beantragen, dieselbe stattfinden hat. Ueberhaupt, wenn es sich um solche wichtige Punkte wie Normaltarif, welcher doch für ein ganzes Land Geltung haben soll, handelt. Des weiteren wird von seiten des Vorsitzenden mitgeteilt, daß unser bestehender Tarif am 14. Oktober gekündigt worden ist. Nach verschiedener Beobachtung macht sich eine große Gleichgültigkeit unter den Kollegen bemerkbar, wie sie ihre geleistete Arbeit bezahlt erhalten, ebenso wird die von mehreren Geschäften zu unsern Ungunsten gefürstete Auslegung des Tarifs scharf kritisiert und darauf verwiesen, daß nur das Gewerbegericht diesem Treiben ein Ende bereiten kann. Zum Schluß eruchte noch der Kartellvertreter die Kollegen, die Veranstaltungen des Kartells und Bildungsausschusses besser zu besuchen.

Genewalbe (Saxig). Am Sonntag, den 20. Oktober, fand im Goldenen Schiff unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende die Quartalsabrechnung bekannt, welche eine Einnahme von 1353.59 Mk. ergab. Die Ausgabe betrug 558.57 Mk. Mit hin blieb ein Kassenbestand von 598.02 Mk. Bücher und Kasse sind von den Revisoren geprüft und für gut befunden worden. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. 590 Mk. sind auf der Sparkasse zinsbar angelegt. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 120. Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Gausleiter Jahn wegen Erkrankung nicht erscheinen konnte und an dessen Stelle Kollege Deier aus Demitz benachrichtigt worden war, aber auch nicht erscheinen konnte. Der Antrag, nächstes Frühjahr in eine Lohnbewegung zu treten, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, diesen Antrag sofort dem Zentralvorstande zu übermitteln. Eine Lohnkommission von fünf Mitgliedern wurde einstimmig gewählt. Zu Punkt 3, Verschiedenes, wurden die Kollegen vom Vorsitzenden abermals ermahnt, ihre Statistiken allwöchentlich wahrheitsgetreu auszufüllen. Scharf gerügt wurde vom Vorsitzenden, daß Kollegen, welche viel im Kleinstande sind, sich mit Erwerbslosenmarken nachzuhelfen suchen. Nochmals kam die Leipziger Angelegenheit zur Sprache, wozu Kollege E. Petsche die Verhältnisse sachgemäß schilderte. Die betreffenden Kollegen, E. Neumann und E. Plegel, waren nicht anwesend, wodurch sie sich ein schlechtes Zeugnis ausstellten. Ferner wurde beschlossen, daß die Versammlungen im Vereinskalender der Arbeiterpresse (Volkszeitung) bekanntgemacht werden sollen. Beschlossen wurde, daß durchreisende Kollegen, welche ihre Verbandsachen in Ordnung haben, ein Druckscheit von 50 Pfg. erhalten, welches bei dem Kollegen Hermann, Gedan im Steinbruch Schulze zu haben ist. Scharf unter die Lupe nahm der Vorsitzende die Bederwitzer Steinmengen, welche stets durch Abwesenheit in den Versammlungen glänzen und nur zu sehen sind, wenn es sich um Tarifangelegenheiten handelt. Die nächste Versammlung soll in Schönberg stattfinden.

Verdingen. Die am 4. November stattgefundene Monatsversammlung war schlecht besucht; von 54 Mitgliedern waren nur 21 erschienen. Kollegen! kann es so weitergehen? Wären wollt ihr endlich begreifen, daß die Versammlungen die Schule der Aufklärung sind. Was ist schuld an schlechten Besuch der Versammlung? Glaubt ihr vielleicht, die Unternehmer sehen nicht, daß ihr dieselben Kollegen wie vor zwei Jahren nicht mehr seid; sie sehen genau eure Gleichgültigkeit und lachen sich vielleicht schon ins Häufchen. Seht ihr denn nicht, daß Herr Bachenauer schon längst einen glatten Tarifbruch vollzogen hat? Ihr habt die Pflicht, über den Tarif zu wachen und alle tariflichen Umgehungen zurückzuweisen. Kollegen, duldet das nicht und macht gegen alle diese Mißstände Front und zeigt, daß ihr noch die alten kampferprobten Steinarbeiter seid. Darum, Kollegen, kommt von jetzt ab fleißig und vollzählig in die Versammlungen, denn es kommt jetzt der Winter, wo ein jeder Zeit hat. Auch wir spüren die verkehrte Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs. Wir appellieren an eure Ueberzeugung. Nicht bitten und betteln, nur mutig gestritten; nie kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht.

Frankfurt a. M. In der am 24. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung rügte der Vorsitzende zunächst, daß unter den Kollegen der Sandsteinbranche die Unfälle eingerissen sei, das Geschirr außer der Arbeitszeit nach der Schmiebe zu bringen. Die Versammlung gab einstimmig der Meinung Ausdruck, die betr. Kollegen sollten ihre Arbeitszeit nicht freiwillig verlängern. Weiter wurde lebhaft kritisiert, daß einige Kollegen das Abschmarieren von Zementarbeiten in Akkord übernehmen und dabei einen Preisbrücker floriert; so daß von gefunden Zuständen in diesem Zweige keine Rede mehr sein kann. Der Vorstand wurde beauftragt, mit den in Frage kommenden Kollegen eine Sitzung einzuberufen, um die Mißstände abzustellen. Einer scharfen Kritik wurde die Firma Holländer unterworfen, die wieder drei Kollegen wegen Arbeitsmangel kündigte, trotzdem die Firma im Tarifvertrag mit uns steht, und ausdrücklich festgelegt ist, daß bei eintretendem Arbeitsmangel allgemeine Arbeitszeitverkürzung einzutreten hat. Dabei läßt die Firma (wie wir hören) einen großen Auftrag in Wüschelkalk in den Bräcken anfertigen. Es scheint, daß die durch Ablauf des Tarifs im Frühjahr kommende Lohnbewegung bereits ihre Schatten vorauswirft, indem die Kollegen durch solche Maßregeln eingeschüchtert werden sollen. Erfreulich ist es, daß die drei Kollegen sofort bei einer andern Firma eintreten konnten. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahmen betragen inkl. Kassenbestand vom 1. Juli 1911 8 777.24 Mk., die Ausgaben 1 308.87 Mk., somit verbleibt ein Kassenbestand von 2 408.37 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Quartals 211. Durch Aktivist des Kollegen Decker als Schriftführer machte sich die Neuwahl eines solchen notwendig und wurde Kollege Pöth hierzu bestimmt.

Wengenbach. Wenn man mit der Schwarzwaldbahn durchs liebliche Rinzigal fährt, kommt man auch an dem Städtchen Haslach vorbei. Es ist der Geburtsort des badischen Volkschriftstellers Hans Jakob, jetzt Stadtpfarrer an der Martinskirche in Freiburg. Unweit des Haslacher Bahnhofes (Richtung Heusack) steht man neben der Bahnlinie ein großes Holzgerüst und unter demselben große Schlottersteinhaufen. Von hier aus zieht sich eine Drahtseilbahn den Berg hinauf nach dem Schotterwerk Pulkan. In mehreren Brücken sind circa 100 Arbeiter beschäftigt. Bis vor kurzer Zeit haben sich die dortigen Arbeiter

nach verflucht wenig um die Organisation gekümmert. Doch die heutigen wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zwingen die Arbeiter, irgendwo einen Rückhalt zu suchen. Der Organisationsgedanke dringt durch. Schwere Klagen sind es, die die Arbeiter der Schottersteinwerke zu führen haben, und es ist kein Wunder, wenn auch diese Arbeiter jetzt dem Verbands zuströmen. Am letzten Sonnabend war für Haslach eine Versammlung der Schottersteinarbeiter anberaumt, zu der circa 60 Kollegen erschienen waren. Kollege Braun führte in anberaubendem Vortrag in klarer und leicht verständlicher Art die Anwesenden in das Wesen der Organisation ein. Der Vortrag fand ungeheuren Beifall. In der Diskussion wurden verschiedene Missstände im Betriebe zur Sprache gebracht. Es waren krasse Fälle, die wir da zu hören bekamen, und die Kollegen haben es ein, daß diese Missstände nur mit Hilfe des Zusammenschlusses beseitigt werden können. Während der Versammlung ließen sich 30 Kollegen in den Verband aufnehmen. In einer vorher stattgefundenen Versammlung wurden 18 Aufnahmen gemacht. Es sind somit bis jetzt 55 Kollegen dem Steinarbeiterverband beigetreten. Noch stehen eine Anzahl Kollegen dem Verbands fern, bezw. haben sich noch nicht angeschlossen. Wir hegen die Hoffnung, daß es möglich ist, die noch Fernstehenden in der nächsten Zeit zu gewinnen. Die Verbandsleitung wird sich Mühe geben, das übrige zu der Agitation beizutragen. Es sei noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung in Gutach stattfindet für diejenigen Kollegen, die dort und in der Umgebung wohnen. Möge ein jeder es sich zur Pflicht machen, die Versammlung zu besuchen.

Sohmannsdorf. Unsere Versammlung vom 22. Oktober war nur mäßig besucht. Zum ersten Punkt wurde die Quartalsabrechnung vorgelegt. Da sich alles in bester Ordnung befand, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zugleich führte der Vorsitzende sowie der Kassierer lebhafteste Klage über die Missetaten mehrerer Kollegen im Beitragswesen. Um diesem Uebel vorzubeugen, wird von nun an jeder Kollege, der mit mehr als vier Wochen im Rückstande ist, in der Versammlung bekannt gegeben. Beim zweiten Punkt (Tarifangelegenheiten) lag nichts besonderes vor, jedoch muß bemerkt werden, daß es noch immer etliche Kollegen sind, die es nicht für nötig halten, ihre Beiträge einer Berechnungsstrecke zu unterziehen. Dieser Modus gewisser Kollegen muß verschwinden. Eine wahre Kalamität im Mischelkalkgebiet ist der jetzige schleppende Geschäftsgang; dazu kommt noch der Mangel an Rohmaterial auf den Werkplätzen. Mancher Kollege kann schon ein Lieb von wochenlangender Arbeitslosigkeit singen. Angesichts solcher Situationen empfiehlt es sich für jeden reisenden Kollegen, das Mischelkalkgebiet zu meiden.

Hardheim. In Nr. 43 Ihres Blattes sind in dem Artikel „Bericht einer Agitationstour im 11. Gau“ in dem Abschnitt „Hardheim“ einige Unrichtigkeiten enthalten. „Es ist unrichtig, wenn Sie schreiben, dem Vorsitzenden der christlichen Steinarbeiter, ein junger Schneidergeselle“, daß ich Vorsitzender der christlichen Steinarbeiter in Hardheim bin.“ „Es ist unrichtig, wie es in Ihrem Artikel weiter heißt: „war es gelungen, unsern Kollegen das Total abzureißen.“ „Richtig ist vielmehr, daß ich nicht das Lokal Ihrem Verbands abgetrieben habe, und daß ich erst dann eine öffentliche christliche Arbeiterversammlung einberief, als mir an dem Tage der Versammlung die Wirtin erklärte: „Es findet heute abend keine Versammlung statt, wir haben das Lokal gekündigt.“ „Es ist ferner unrichtig: „daß die Pfarrrer von Höslingen und Hardheim mit den Landwirten den Saal besetzt hatten.“ „Richtig ist vielmehr, daß der Saal für beide Parteien gleichzeitig geöffnet war, und daß Kollegen Ihres Verbandes zuerst die Plätze am Vorstandstische besetzt hatten, diese aber auf Aufforderung der Wirtin wieder verlassen mußten. Ferner waren es nicht Landwirte, die mit dem Pfarrrer von Höslingen kamen, sondern ausschließlich Steinarbeiter.“ „Der Pfarrrer von Hardheim war in der Versammlung überhaupt nicht anwesend.“ „Richtig ist auch, daß Bürgermeister Girsch Stöße bekam und daraufhin die Genbarmerie holte.“ Achtungsvoll! Otto Hippler, Schneider.

Anmerkung. Es werden im Vorstehenden recht nebenläufige Dinge berichtet. Wenn Herr Hippler nicht Vorsitzender der christlichen Steinarbeiter von Hardheim ist, so aber wohl Vorsitzender der christlich organisierten Arbeiter, wozu er eben auch qualifiziert ist, und im Mundaufreihen läßt er es auch als solcher nicht fehlen. Es steht auch weiter fest, daß unsern Kollegen das Total entzogen wurde ohne irgendwelchen Grund und die Christlichen an deren Stelle es erhielten. Wie ist wohl ohne Bedeutung. Und wie das gemacht wird, wissen unsere Kollegen viel zu gut, als daß man das noch extra zu sagen braucht. Das Lokal wurde erst geöffnet, nachdem der Pfarrrer von Höslingen mit seinen Leuten ankam, und daß die circa 200 Versammlungsbesucher außer unsern Kollegen nur Steinarbeiter gewesen sind, ist für jeden, der dabei war, ein aufgelegter Schminkebel, denn sowohl Steinarbeiter gibt es gar nicht in Hardheim und Umgegend. Die anwesenden Landwirte protestierten auch gar nicht dagegen, als ich sie als solche ansprach. Es verließ ein geistlich aussehender Herr die Versammlung; mir wurde gesagt, daß es der Pfarrrer von Hardheim sei. Vom Bürgermeister, Herrn Girsch, habe ich auch nur geschrieben, daß mir durch ihn von erhaltenen Pässen und Stößen nichts bekannt wurde. Die ganze Berichtigung befaßt darum gar nichts und ist, wie alles, was von dieser Seite kommt, eitel Jungendstreicherei. P. Starke.

Hauswalde (Rausch). Die am 2. November in Niedersteinau stattgefundene Versammlung war äußerst stark besucht. Der Vertrauensmann drückte über diesen Massenbesuch seine Freude aus. Dadurch wurde gezeigt, daß die hiesigen Steinarbeiter an der Tarifbewegung in der Oberlausitz ein sehr großes Interesse haben. Als Referent war Kollege Alois Staudinger erschienen. Er sprach über das Thema: Die Schädlichkeiten des wilden Akkordsystems und was ändert daran der neue Tarifvertrag? Der Referent zeigte, zu welchen Kalamitäten in der Oberlausitz der wilde Akkord geführt hätte. Für ein und dieselben Werkstücke sind die Preise äußerst verschieden. Im Winter kommen dann noch besondere Kürzungen vor. Dieses System korrumpiert die Kollegenschaft, die Oberwachter müssen immer die Preise machen. Dadurch wird der schwächere Arbeiter stark geschädigt. Die Tarifvorlage soll nun mit diesem schädigenden Lohnsystem ein für allemal brechen. Leicht seien die Verhandlungen nicht gewesen, aber er sei nun endlich froh, daß damit Schluss gemacht wurde. Die Verhandlungen, welche am 1. November in Ramens stattfanden, gestalteten sich deshalb recht schwierig, weil die Akkordfähre für die Speller geradezu ungläublich schwanken. Die Kommissionsmitglieder hätten erst einen richtigen Begriff erhalten, wie notwendig der Verband sei. In begeisterten Worten schilderte Redner am Schlusse seines Referates den kulturellen Wert der Gewerkschaftsorganisationen, dabei betonend, daß nun auch der Steinarbeiterverband in der Rausch gut fundamentierte sei. Das Referat wurde wiederholt mit lebhaftem Beifall ausgezeichnet. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß durch die Tarifbewegung die Zahlstelle 40 Mitglieder gewonnen hätte. Er forderte auf, unermüdet am Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten. Es stehen uns noch eine Reihe von Kollegen fern; diese zu gewinnen, müsse unsere Hauptaufgabe sein. Staudinger hielt dann ein sehr scharfes Schlusswort, wobei er die an den Tag gelegte Vergessenheit der Kollegen dem Verbands gegenüber ins rechte Licht setzte. In allen andern Granitgebieten hiesige es immer: Warum sind die Rauscher Kollegen so verbandsscheu? Diese Gleichgültigkeit sei nun endlich vorbei; wir müssen ein stattdessen Verbandsscheu, welches nur auch genügend gekühlt werden muß. Der Vorsitzende erwartet von der Vollversammlung der Unternehmer, welche zum 7. No-

vember angesetzt ist, daß die gestellten Änderungsanträge noch berücksichtigt werden möchten.

Häslach (Schlesien). Am 25. Oktober fand bei Berger in Döhdorf eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Als ersten Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal bekannt, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig anerkannt wurde. Die Einnahme betrug 6524.12, die Ausgabe 9408.80 Mk. Die Einnahmen der örtlichen Krankenzusatzkasse betragen 2480.19, die Ausgabe stellte sich auf 786.95 Mk. Zu Punkt 2 gab Kollege Daubenthaler noch einen kurzen Bericht über die Verhandlungen mit der Firma Tasler. Es wäre zu einer Einigung gekommen, wenn sich nicht gleich fünf Streikbrecher gefunden hätten. Nun fühlt sich Herr Tasler veranlaßt, jede Forderung abzulehnen. Der Vorsitzende gab noch einen Bericht über die Statistik. Es ist daraus zu ersehen, daß die Löhne der Steinmehrer gegen das Vorjahr noch zurückgegangen sind. Die Zahl der Steinmehrer ist ebenfalls zurückgegangen. Die Firma Völter u. Nikolai sucht in bürgerlichen Zeitungen Steinmehrlöhne. Es wurde darauf hingewiesen, jeder Vater möge es sich gründlich überlegen, ob er seinen Sohn der Firma auf drei Jahre übergeben will. Im Besonderen wurde noch ein Antrag angenommen, der besagt, wenn ein Kollege stirbt, in allen Betrieben der gehnte Mann zur Beerdigung gehen soll.

Kappelerode. Eine recht sonderbare Auffassung über eine Feuerungszulage hat Herr Ehrle, Schotterwerkbesitzer bei Oberkirch im Renchtal. Die Arbeiter bekommen von ihm die Kost gestellt und mußten dafür pro Tag 96 Pfg. bezahlen. Und jetzt, zur Zeit der Feuerung, verlangt dieser Herr 1.05 Mk. pro Tag, und dabei müssen die Arbeiter die Milch, die Kartoffeln, das Holz und den Koch noch extra bezahlen. Da möchte man aber doch fragen, für was dann die 1.05 Mk. bezahlt werden. Dem Vorsitzenden nach könnte man glauben, dieser Herr hätte vielleicht den Lohn danach aufgebessert. Aber weit gefehlt. Die Arbeiter bekommen selten einen Lohnzettel zu sehen und sind somit nicht in der Lage, Vergleiche anzustellen zwischen empfangenen Lohn und geleisteter Arbeit. Deshalb ist es auch leicht erklärlich, daß die Arbeiter manchmal störrisch werden, was dann zu recht unerquicklichen Szenen führt. Wie man erst vor kurzem beobachten konnte, sitzt diesem Herrn der Revolver recht locker; auch läßt er sich im Schließen während der Pause, um seiner Waffe sicher zu sein. Unfallverhütungsvorschriften sind auch nicht ausgehängt, geschweige denn die Bundesratsverordnung. Das Dynamit wird im Schraun aufbewahrt, in der Nähe vom Ofen (!). Die Arbeiter schaffen unten im Bruch und oben werden unterdessen Steine geworfen. Es ist zu verwundern, daß nicht schon ein schwerer Unfall passierte. Hier ist es an der Zeit, daß diesem Herrn klar gemacht wird, daß er auch die Vorschriften und Gesetze zu befolgen hat. Für die dort beschäftigten Arbeiter aber ist es zwingende Notwendigkeit, daß sie sich organisieren im Steinarbeiterverband (Stg Leipzig).

Kirchberg. Am Sonntag, den 22. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung, welche leider schwach besucht war. Zum 1. Punkt gab der Kassierer seinen Bericht. Die Gesamteinnahme war 2036.59 Mark, die Gesamtausgabe betrug 910.25 Mark; bleibt Bestand 1126.34 Mark. Da kein Revisor anwesend war, mußte von einer Entlastung des Kassierers abgesehen werden. Der Vorsitzende jedoch konnte die Richtigkeit der Abrechnung bestätigen. Keine Revisoren! Richtig wahr? Den Kartellbericht gab Kollege Hahn. Unter anderem führte er aus, daß das Kartell eine Statistik vorgenommen hat über sämtliche Organisierte von Kirchberg und Umgegend. Die Steinarbeiter seien zu 70 Prozent organisiert. Es ist uns Pflicht eines jeden Kollegen, auch die uns Fernstehenden noch zu gewinnen. Unter dem 3. Punkt, Gewerkschaftliches, wurde gerügt, daß die Ruhepausen in manchen Betrieben nicht eingehalten werden. Durch die Einführung der Kontrollkarten sollte ein besserer Besuch der Versammlungen bezweckt werden.

Laudenbach. Nachdem in der Nummer 43 Ihres werten Blattes ein Artikel gegen mich losgelassen wurde, der das Gegenteil von der Wahrheit ist, erlaube ich Sie auf Grund des Pressegesezes um nachstehende Berichtigung.

Unrichtig ist, daß ich seit vier Monaten Sängergewebe spinne, um die Arbeiter mit leerem Geldbeutel heimzusuchen. Wahr ist, daß ich in besagter Zeit, der letzte Fall mit inbegriffen, viermal am Lohnstag zum Teil und dann am 2. oder 3. Tage ganz ausbezahlt.

Unrichtig ist es, daß ich versicherte, das Geld liege auf der Post oder der Postbote habe sich verspätet. Wahr ist, daß ich das Geld bestimmt erwartete und dies den Arbeitern mitteilte. Die Arbeiter hatten nicht 400, sondern 286 Mk. zu erhalten. Unwahr ist, daß ich den Fuhrmann sandte, um auszuräumen. Wahr ist, daß die Arbeit schon am Donnerstag zuvor abgeliefert werden sollte. Unwahr ist, daß durch die Besonnenheit der Arbeiter Ausschreitungen verhindert wurden. Wahr ist, daß ein Arbeiter, als er meines Bruders ansichtig wurde, einen scharfen Ausdruck gebrachte. Wahr ist, daß dann mein Bruder ihnen den Arbeitsplatz verwies. Unwahr ist, daß sich der Bürgermeister der Sache annahm und mich ins Gebet nahm. Wahr ist, daß ich in der Wohnung des Bürgermeisters die Auszahlung vornahm, da es mir nach dem Benehmen und Drohungen der in Frage stehenden Arbeiter nicht ratsam erschien, dieselbe in der Wohnung vorzunehmen.

Josef Reithmeier, Granitwerk Laudenbach.

Dann sendet uns noch der Steinmehrer Xaver Reithmeier eine Art Nichtigstellung. Er führt aus, daß er in unserm Verbands nicht beabsichtigt hatte eine Rolle zu spielen. Die Steinmehrer J. Heigl und E. Verchl hätten ihn überbies bedroht. X. Reithmeier bestreitet, daß er gegenüber den Steinmehrer beleidigende Äußerungen getan hätte. Des weiteren verweist er darauf, daß das Geld tatsächlich zu spät eingetroffen sei.

Anmerkung. Die Gebrüder Reithmeier geben zu, daß die Auszahlung zu spät erfolgt sei. Nun, auf das kam es ja im veröffentlichten Berichte an. Wenn sich unsere Kollegen Beleidigungen zuschulden kommen lassen, so muß auch das unsererseits gerügt werden.

Oberkirch. Am 29. Oktober fand im Lokal zum Sternen unsere Quartalsversammlung statt. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Buchner den Kassenbericht bekannt, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf gab der Vorsitzende Gimpel bekannt, daß das Vertrauen zum Verband wieder völlig hergestellt sei. Zum 2. Punkt wurde das Verhalten des Kollegen Weindl stark gerügt. Es wäre schon besser am Plage gewesen, er hätte sich mehr um die Bundesratsverordnung bekümmert. Zum 3. Punkt wurde ein Antrag gestellt, daß diejenigen Kollegen, welche über acht Wochen reistieren, in der nächsten Versammlung zur Verlesung kommen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nemmening. Am 29. Oktober fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Referent war Kollege Braun. Er referierte über Zweck und Nutzen der Organisation. Das Referat fand großen Beifall. Auch wurde von den Kollegen das Verhalten des Herrmann Hurver scharf kritisiert betreffs der Lohnauszahlung. Wenn ein Kollege abreisen will, dann jagte der Voller Reisinger, er habe kein Geld zum Auszahlen; so naive Auslagen soll man doch nicht machen. Die Versammlung war von großer Wichtigkeit für die Kollegen. Anwesend waren allerdings nur die fremden Kollegen. Hoffentlich wird die nächste Versammlung besser besucht. Unsere Parole muß sein: Vorwärts!

Sparned. Am 30. Oktober tagte im Seuzischen Saale eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war: Wie betreiben wir Agitation? Es wurde

eine Agitationskommission gewählt, welche aus den Kollegen Popp, Böhm und Diegel besteht. Alle andern Kollegen sollen aber trotzdem noch ihrer Pflicht eingedenk sein und nicht glauben, daß sie durch diese Kommission von der Agitation befreit sind. Aber da müssen trotzdem auch die andern Kollegen ihre Pflicht tun, denn sonst hat die Kommission nicht viel Wert. Es wurde dann auch beschlossen, am 18. November einen Gewerkschaftsball im Seuzischen Saale abzuhalten. Dazu soll die benachbarte Zahlstelle Reinerzweih, sowie die hiesige Freie Turnerschaft und die Sektion der Partei freundlichst eingeladen werden. Die Versammlung verlief von Anfang bis zu Ende sehr harmonisch.

Strehlen (Schlesien). Die hiesige Steinarbeiterchaft ist sehr erregt. Die bekannte Firma Schall läßt jetzt zum größten Teil bloß Hamburger Steine anfertigen. Die Maße sind 10—24 Zentimeter Länge, 10—14 Zentimeter Breite und 19—20 Zentimeter Höhe. Diese Maßproportion ist natürlich recht ungeeignet, daß die Kofferer etwas verdienen könnten. Für das Putzen gibt es bloß 2.50 Mk. pro Quadratmeter. Die Bearbeitung muß eine recht exakte sein, die Steine können nicht sauber genug sein. Die Arbeiter haben die Empfindung, daß die Firma Schall zeigen will, daß es jetzt dem Winter zugeht. Wenn aber Herr Schall der Meinung sein sollte, daß Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter getragen werden könnte, so irrt er sich gewaltig. Unsere Zahlstelle zählt weit über 500 Mitglieder und da werden wir auch alles daransetzen, daß die paar Indifferenten noch gewonnen werden.

Rundschau.

Die Aussperrung in St. Margrethen (Schweiz) dauert weiter. Die Meister sind wiederum einige Tage auf der Reise gewesen, um Arbeitswillige zu suchen, und ist es ihnen diesmal gelungen, in der Pfalz 27 Mann aufzutreiben, die nun die Verräter an der Arbeiterchaft zu machen haben. Weiter haben die Steinmehrer durch die Arbeitsämter Strassburg, Karlsruhe, Ulm, Biberach, Bruch und Steinmehrer ausgeschieden. Sie streuen überall aus, die Steinhauer seien im Streik und verlangten mehr als 15 Franken Tagesverdienst, was natürlich eine gemeine Lüge ist. Interessant war, wie diese Arbeitswilligen besördert wurden. Am 2. November kamen sie an in St. Margrethen, an die Spitze der 27köpfigen Verräterkolonne stellte sich der Meister Mattes, welcher mit ihnen gekommen war, auf beide Seiten die Polizei und hinein ging ins Gefängnis, parдон, in die Bude. Die 27 Subjekte werden natürlich gut bewacht, so kam es auch, daß es selbst dem Verbandssekretär nicht möglich war, lange mit ihnen verkehren zu können. — So stehen die Verhältnisse zurzeit in St. Margrethen, man sieht daraus, daß den Meistern kein Mittel zu gemein ist, um die Aussperrung weiterzuführen, und daß es ihnen nicht beliebt, wenn unsere Kollegen so ruhig die Sache hinnehmen, sie hätten gerne etwas Krach, aber es wird ihnen nicht gelingen. Traurig ist es, daß die Rheinpfälzer Arbeitswilligendienste leisten.

Arbeiterchaft in der Steinindustrie. Auf einen Artikel mit vorstehender Ueberschrift, welcher in der Nr. 39 des „Steinarbeiter“ erschien, nimmt nun Professor Garz in der Monatschrift für die Steinindustrie Bezug. Herr Garz meint, auch die Arbeiter müßten mehr für die Einhaltung der Unfallvorschriften tun. Das ist sehr richtig, und im „Steinarbeiter“ wurde immer bemerksprechend belehrend gewirkt. Aber es ist doch nicht zu vergessen, daß in erster Linie die Unternehmer verpflichtet sind, die Unfallvorschriften durchzuführen. Leider fehlt bei diesen Herren oft das nötige Verständnis, inwieweit Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt werden soll.

Auszeichnung. Auf der Wiener Bauausstellung haben nachstehende Firmen der Steinindustrie Auszeichnungen erhalten: Schönel (Inhaber die Herren Reich und Hein) in Oberpeilau, Lehmann in Striegau und Schall in Breslau. — Auch die Herren Steinindustriellen sehen nach und nach ein, daß sie auf großen Ausstellungen mit ihren Erzeugnissen nicht fehlen dürfen.

Zum Hoffmeister wurde Herr Heinrich in Rebau ernannt. Hoffentlich findet er sich nun um so mehr verantwortlich, die baristischen Bestimmungen einzuhalten. Es würde doch keinen guten Eindruck machen, wenn es im Winter wieder zu Lohnauflagen käme.

Zur Beendigung des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe wird gemeldet: Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralvorstände fanden Ende Oktober in Berlin erneute Einigungsverhandlungen statt, zu deren Führung die zentrale Schiedskommission für das deutsche Holzgewerbe berufen wurde. Die örtlichen Parteien waren durch je drei Vertreter anwesend. Es fand eine Einigung zwischen den Parteien selbst nicht statt, worauf die zentrale Schiedskommission einen Schiedsspruch fällte, der sich erstreckt auf die Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises, auf Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Akkordtarife, Montagezuschüsse usw. Nach dem Schiedsspruch bleibt der paritätische Arbeitsnachweis obligatorisch, so wie er vor dem Kampfe bestanden hat. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde verkürzt; die Löhne steigen um 6 resp. 7 Pfg. pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915. Am 3. November fanden in Hamburg die Versammlungen der Unternehmer und der Arbeiter zu gleicher Zeit statt, um zu dem Resultat der Schiedssprüche Stellung zu nehmen. Beide Versammlungen stimmten dem Schiedsspruch zu, so daß am Montag, den 6. November, die Arbeit aufgenommen werden konnte. Der paritätische Arbeitsnachweis beginnt sofort seine Tätigkeit.

Den „Christlichen“ Pflasterstein-Schutzollschwärmern ins Stammbuch. Die schweizerischen Steinarbeiter, auch die organisierten, haben bisher in der Schutzollfrage einen andern Standpunkt eingenommen als die große Mehrheit ihrer deutschen Kollegen. Wir wollen heute die Berechtigung dieses Standpunktes nicht nachprüfen; es scheint aber festzustellen, daß auch hier die Arbeiter, gleichwie ihre deutschen von den „Christlichen“ Gewerkschaften irreführten Kollegen, sich von den Unternehmern haben ins Schlepptau nehmen lassen, indem sie den Versprechungen derselben, bei Einführung eines Schutzolles höhere Löhne zu gewähren, Glauben geschenkt haben und baruchsthaft gemeinsam mit den Unternehmern für den Schutzoll eingetreten sind.

Jetzt nun berichtigt unser schweizerisches Bruderorgan, der „Steinarbeiter“, aus Roche folgendes:

Roche. Als wir vor einigen Jahren gemeinsam mit den Steinbruchbesitzern der Schweiz bei Revision des Zolltarifs bei der Bundesrätlichen Zolltarifkommission vorfuhren wurden — was mir übrigens schon längst bereut haben — da haben die Meistervertreter uns das Versprechen gegeben, daß, sofern die einheimische Industrie mehr geschützt und gefördert werde, sie gern bereit seien, unsern Mitgliedern die Löhne zu erhöhen. (Nebenbei gesagt, war dies der Köder, den wir dann verschluckten.)

Ihr Versprechen haben sie natürlich nirgends gehalten, was wir letzter Tage wieder wahrnehmen konnten. In jener Meisterkommission war auch Herr Schillbuech, Direktor der Steinbruchgesellschaft Arrol (Billeneuve, Roche und Reuchenette). Derselbe verfolgt schon seit Jahren keinen andern Zweck, als die Organisation der Arbeiter zu bekämpfen. So wurde kürzlich in Roche die Organisation, die Schillbuech schon zweimal zertrennt hat, wieder neu gegründet. Die Folge war, daß am andern Tage der am meisten für diese Organisation tätige Genosse auf das Pflaster geworfen wurde.

Somit muß also die Gewerkschaft jetzt zum drittenmal den Kampf um ihre Anerkennung aufnehmen gegen diesen Unternehmern, denen sie durch ihre Mithilfe zu höheren Profiten verholfen hat.

Unsere „Christlichen“ Drahtzieher müßten geradezu Trottel sein, wenn sie nicht wüßten, daß es in Deutschland genau so

gehen würde. Aber natürlich darf das den Steinarbeitern, die so wenig sind, den „Christen“ Gefolgshaft zu leisten, nicht gesagt werden. Denn darunter würde die eigentliche Aufgabe dieser Herren, die Arbeiterbewegung zu zersplittern, unheilbaren Schaden erleiden.

Wir möchten jedoch wünschen, daß unsere schweizerischen Arbeitsbrüder aus diesem Vorgange auch etwas lernen! —

Wenn ein Schwarzer den Mund aufst, läßt er! In einer durch die Zentrumsprelle die Kunde machenden Notiz: Sozialdemokratische Brotverteurer, wird ein Antrag Vollmar-Kröber aus dem Jahre 1885 wiedergegeben, der die Erhöhung des Zolls für Mühlensfabrikate von 3 auf 6 M. beantragte. Unterzeichnet war der Antrag u. a. durch Luer, Vebel, Bloss, Bod, Dieß, Grillenberger, Liebknöcht, Singer usw.

Dazu bemerkt die Zentrumsprelle: Im Reichstage sollte damals der Zoll auf 7.50 M. erhöht werden. Die Sozialdemokraten wollten ihn nicht so hoch, aber ihn verdoppeln, wie die Regierung wollte, das machten sie mit. Neben die Gefolgshaft und lassen sie es bei einem Mehrzoll von 6 Mar! So lösch am 13. Mai 1885 der Demokrat Kröber (Mittragssteller des Herrn v. Vollmar) seine Rede. Wenn dieser Antrag auch nur ein Eventualantrag war, er geht doch auf eine Erhöhung des Zolls auf Mehl usw. von 3 auf 6 M., erklärt sich mit der Regierungsvorlage einverstanden und ist begründet mit der Rücksichtnahme auf — Gefolgshaft! Und heute? — Brotverteurer! Kindermörder! Raubgefindel! O diese erbärmlichen Heuschler!

Die Frechheit der schwarzen Schwindler übersteigt wirklich alles Maß.

Die Zollwucherer (unter ihnen natürlich das Zentrum) erhöhten 1885 den Zoll für Mehl von 3 auf 7.50 M., während die Regierung 6 M. vorgeschlagen hatte. Der demokratisch-sozialdemokratische Antrag bezweckte die Erhöhung von 7.50 M. auf 6 M. herabzusetzen, da die Belastung des alten Satzes von 3 M. oder die Zollfreiheit, wie die Sozialdemokraten sie grundsätzlich forderten, keine Aussicht hatte. Die Zollräuber blieben aber bei 7.50 M., 1887 erhöhten sie den Satz sogar auf 10.50 M. Und heute haben die Schwarzen gar den Mut, den Sozialdemokraten aus ihrem Eintreten für eine möglichst geringe Belastung den Vorwurf des Brotwuchers zu machen!

Unsre Sprache ist zu arm, um die Erbärmlichkeit einer solchen Kampfesweise gebührend zu kennzeichnen. Für wie blödsinnig-dumm muß aber das Zentrum seine Leute halten, daß es ihnen solchen Schwindel vorzusetzen magt.

Submissionsliste. Die Stadt Weßlar vergab 4100 qm Normalsteine aus Hartbalt. Folgende Angebote wurden abgegeben:

Table with 2 columns: Name of contractor and amount. Includes entries like 'F. Kleinfelder (Firmenst. unbekannt geblieben) 18 450 M.', 'Kurbelische Basaltwerke, Marburg 25 025', etc.

Die Herren Stadtväter haben sicherlich große Augen über die eingereichten Submissionsofferten gemacht.

Große Arbeitslosigkeit wird aus dem fränkischen Muschelkalksteingebiet gemeldet. Besonders in Ochsenfurt a. M. sollen sehr viele Kollegen außer Arbeit sein. Die reisenden Kollegen mögen diese kurze Notiz beachten.

Die Liquidation der Kaisersteinbruchgesellschaft. Die Kaisersteinbruch-Akt.-Ges. in Liquidation zu Köln, die, wie wir bereits berichteten, vor einiger Zeit infolge der ungenügenden Ergebnisse die Auflösung beschlossen hatte, teilt nun der „Bauwelt“ mit, daß in der demnächst stattfindenden Generalversammlung der Liquidator der Gesellschaft ermächtigt werden soll, einen wesentlichen Teil des Gesellschaftsvermögens, und zwar die gesamten Steinbruch- und Steineretriebe, einschließlich der sämtlichen Einrichtungen an eine in Gründung befindliche Gesellschaft zu verkaufen. Diese neue Gesellschaft wird das Unternehmen in der gleichen Weise fortführen wie bisher und auch die laufenden Aufträge zur Erledigung bringen. Die verlassene Gesellschaft betrieb auch einige Muschelkalksteinbrüche im Unterfränkischen.

Aktiengesellschaft Eiserfelder Steinwerke, Eiserfeld (Sieg). Der Betriebsüberschuss des Geschäftsjahres 1910/11 betrug 287 609 M. (i. B. 275 716 M.). Nach Abzug von 91 619 M. (87 498 M.) Geschäftskosten, 76 730 M. (67 881 M.) Abschreibungen sowie 17 182 M. (15 128 M.) Zinsen verbleibt ein Reingewinn von 104 178 M. (103 312 M.), woraus wieder 7 Proz. Dividende auf 1,30 Millionen Mark Aktienkapital verteilt werden. Für das laufende Geschäftsjahr glaubt die Verwaltung, wenn nicht unerwartete Störungen eintreten, ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können. — Es ist dabei zu bemerken, daß Herr S. a. S., der Direktor dieser Werke, der größte Käufer für einen Pflastersteinsoll war. Will etwa der Herr Direktor behaupten, daß es seinen Aktionären schlecht geht?

Ein großes Grauwackelager ist in Lorchhausen (Hessen-Nassau) erschlossen worden. Die bisherigen Proben haben ergeben, daß es sich um Steine von vorzüglicher Beschaffenheit handelt.

Der Kunststein in der Architektur. Im „Berliner Tageblatt“ finden wir folgenden überschwenglichen Artikel dem Kunststein gegenüber: „Schtheit des Materials ist die erste Forderung des modernen Kunstgewerbes, der neuen Architektur. Aber so schön sich das in der Theorie macht: in der Praxis spricht ein wichtiges Moment mit, was geradezu mit Notwendigkeit auf die Verwendung von Surrogaten hinweist — der Preis. Gerade die Architektur empfindet es schmerzlich, daß das natürliche, gewachsene Gestein so kostspielig ist; wo billigere Bauten in Frage kommen, da wird überall der Kunststein in sein Recht treten, der auch in der Tat ein treffliches Ersatzmittel bietet. Da auf diesem Gebiet die jüngste Zeit mancherlei Neues gebracht hat, wird eine kurze orientierende Uebersicht von Interesse sein. Eine der vorzüglichsten Kunststeinarten wird aus Zementbeton hergestellt, deren den unschätzbaren Vorteilen bietet, daß er mit den Jahren an Härte und Festigkeit immer mehr zunimmt. Freilich stand seiner allgemeineren Verwendung, besonders in größeren Partien wie ganzen Fassaden usw., sein eintöniges, ausdruckslos und tot wirkendes Grau entgegen; aber schon Messel hat gezeigt, welche mächtiger großer Wirkungen dieser graue Betonstein fähig ist, und seit einiger Zeit ist es der Kunststeinindustrie auch geglückt, durch Verwendung naturfarbener Steinmehle die in allen Farben abgetönten Kunstsandsteine und den Kunstgranit herzustellen. Die hauptsächlichsten Steinmehlsammlungen, sind die von weißem, gelbem und rotem Sandstein,“ resümiert ein Fachmann, „weniger oft werden die grünen Maintalsandsteine nachgeahmt, da sowohl die bei der Herstellung der Kunststeine verwendeten grünen Steinmehle als auch die sehr teuren, grünen Farben nicht genügend lichtecht und wetterbeständig sind.“ Andere Arten künstlicher Steine sind aus einer Mischung von feinem Sand, Straußenstaub, gebranntem Kalk und Kolophonium hergestellt, wozu zur Erzielung tieferer Nuancen ein Beisatz von Zinnober tritt. Künstlicher Marmor stellt eine Mischung dar aus grobem weißem Sand, Kreide, gebranntem Kalk und Kolophonium; etwas Ultramarinblau oder Zinnober beigemischt, ergibt schöne meergriene beziehungsweise fleischfarbene Tönung. In ähnlicher Art stellt Kunstgranit eine Mischung geeigneter, farbiger Steinplättchen und Steinmehle mit Zement und Farbe dar. — Als ganz neue Erfindungen der Kunst sei zum Schluß das Anolith („Holzstein“) oder Petrolignin („Felsenholz“) genannt, ein eigentümliches, auf der Mitte von Holz und Stein stehendes Kunstprodukt, das sich ähnlich wie hartes Holz sägen, bohren und abdrücken läßt, aber unverbrennlich ist und eine bedeutende Härte besitzt.

Seinem Wesen nach besteht es aus Magnesiumoxydchlorid, dem als Füllkörper Holzsubstanz (Sägespäne, Holzschliff, Zerkulose) in großen Mengen eingebracht ist; durch entsprechende Zusätze kann jede gewünschte Farbwirkung erzielt werden. Da das Anolith feinhart, von sehr geringem Gewicht, feuerfester und ein guter Isolator gegen Hitze und Kälte ist, hat es schon zum Beispiel zur Herstellung von Scheidewänden in Gemächern, zur Ausstufelung und Schmückung von Wohnräumen usw. vielfache Verwendung gefunden. Da alle diese Kunststeinarten sich gegenüber dem echten gewachsenen Stein durch große Billigkeit auszeichnen (!), steht ihrer Anwendung noch eine große Zukunft bevor.“

In diese Kobhudelei gegenüber dem Kunststein können wir nun nicht einstimmen. Er kann das Naturgestein, soweit dies heute in Frage kommt, wohl niemals ersetzen. Die Farbe, besser gesagt die Schminke, allein tut's noch nicht. Allerdings ist bekannt, daß die Kunststeinfabrikanten für ihre Erzeugnisse geradezu eine raffinierte Klamme entfalteten.

Glänzende Erfolge hat die Sozialdemokratie in Berlin und Charlottenburg bei den Stadtverordnetenwahlen, die am 5. November stattgefunden, errungen. In Berlin wurden 18 und in Charlottenburg 6 Genossen ins Stadtparlament gewählt. Der Freistim erlitt eine empfindliche Niederlage.

Gefährlichkeit des Militarismus. Der südafrikanische Krieg hat Großbritannien, wie offiziell mitgeteilt wird, nicht weniger als 5 575 000 000 Frank gekostet. Rechnet man noch die Kosten des Segners hinzu, so ergibt sich, beiderseits gerechnet, ein Betrag von 6 250 000 000 Frank. Diese Zahl ist leicht zu lesen und anzusprechen, aber man macht sich nur schwer einen Begriff von ihrer wahren Bedeutung. Um zu zeigen, was alles mit dieser Geldsumme geschaffen werden könnte, hat ein Genossenschaftler in Leeds folgende Posten zusammengestellt. Aus der obigen Summe könnten errichtet werden:

Table listing various social projects and their costs, such as '100 Gartenstädte von je 1000 Häusern zu je 25 000 Frank', '2000 000 Alterspensionen zu 625 Frank pro Jahr', etc., totaling 6250 Millionen.

Wenn dem Bergmann die Lampe verloscht. Die Grubenlampe ist ein Apparat, um den sich die Technik begreiflicherweise seitgerichtet bemüht. Hängt doch von ihrer Beschaffenheit die Sicherheit eines bergbaulichen Betriebs im wesentlichen Grade ab. Die Gefahr bei der Benutzung solcher Lampen ist eine doppelte, einmal in der Entzündung von Gasen in der Grubenluft und zweitens die eines Verlöschtens der Lampe. So sehr viel bedenklicher auch die erste dieser beiden Möglichkeiten erscheinen muß, ist doch auch die zweite recht unangenehm und kann zu Unglücksfällen führen. Der Bergmann darf eben in solchen Fällen nicht einfach ein Zündholz nehmen, und die Lampe auf diese Weise wieder anzünden, weil er dadurch sofort eine Explosion schlagender Wetter herbeiführen könnte. Deshalb hat ein englischer Ingenieur Hailwood eine besondere Konstruktion erdacht, die ein Wiederentzündens von Grubenlampen in gefahrloser und sicherer Weise gestattet. Namentlich ist auch darauf Rücksicht genommen worden, daß bei einer Beschädigung der Lampe, die vielleicht beim Einfallen verloscht ist, keine Explosionsgefahr bei oder nach der Wiederentzündung zu befürchten ist. Der neue Apparat besteht in einem einfachen Zylinder, in den die Lampe vor der Wiederentzündung gesetzt wird, damit keinesfalls eine Flamme von ihr nach außen dringen kann. Sollte es zu einer kleinen Explosion kommen, so kann sie sich nur innerhalb der Lampe abspielen und diese wieder verlöschen, so daß der Versuch wiederholt werden muß. Professor Bellet in Paris hat eine eingehende Beschreibung dieser Hailwoodschen Sicherungsvorrichtung im Kosmos veröffentlicht. Sie ist danach so konstruiert, daß ein Versagen ihrer Vorzüge ausgeschlossen erscheint. Uebrigens wird sie sich nicht nur für den Bergwerksbetrieb eignen, sondern auch zur Benutzung in vielen andern Fällen, in denen eine gleiche Vorsicht geboten ist.

Tätlicher Unfallsfall. Der im Steinbruche Sumprechtshausen (Unterfranken) beschäftigte 25jährige ledige Arbeiter Richard Scheuering wurde am 5. November infolge nachrufender Erdmassen verchlütet. Trotz sofortiger Hilfeleistung konnte der fleißige junge Mann nur als Leiche geborgen werden.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 30. Oktbr. bis mit 4. November 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranen- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Adorf, B. 10.20. Biesen, B. 4.40. Eberswalde, B. 3.90. Hirschbach, B. 28.90. Neuenstein, B. 98.24, K. 5.—. Kaiserslautern, B. 84.—. Königshain, B. 195.—. Hohenleuben, B. 67.90. K. 0.90. Thürheim, B. 622.06, E. 2.50, K. 21.40. Demitz-Thumitz, B. 504.—. Tettau, B. 75.18, E. 0.50, K. 0.90, M. 3.10. Darmstadt, B. 157.88, K. 5.30, M. 7.25. Eberbach i. Bad., B. 29.82, E. 0.50. Göltsheim, B. 42.70, K. 4.60. Hof i. Bay., B. 152.—. Hauswalde, B. 101.42, E. 10.50. Königshaus, B. 215.20, K. 9.80, M. 2.—. Kleinheubach, B. 30.—. München, B. 198.03, K. 4.90. Rainz, B. 200.—, E. 5.—, K. 20.—. Müders, B. 150.—. Regensburg, B. 84.—, E. 5.—, K. 20.—, M. 3.50. Roth a. S., K. 4.50. Stuttgart, B. 150.—. Zweibrücken, B. 15.54, E. 0.50, K. 0.20. Deuthen, B. 26.—. Freitenborn, B. 88.88, E. 3.50, K. 1.10. Randern, Ins. 5.00. Waldenburg, B. 3.76. Titting, B. 10.—. Zaucha, B. 2.40. Buchenau, B. 6.30. Gussow, B. 4.10. Greifswald, B. 3.—. Heiligenstadt, B. 4.80. Dittelsdorf, B. 4.—. Troschitz, B. 4.—. Klingenberg, B. 2.—. Liebenwerda, B. 4.—. Rotenburg i. S., B. 4.80. Kröitz, B. 5.—. Bunzorf, B. 11.40. Lippstadt, B. 4.80. Laage, B. 4.90. Friedensfels, B. 3.20. Bunzlau, Ins. 7.68. Wulsdorf, B. 53.—. Regensburg, E. 4.50, K. 6.—, M. 6.—. Eiserfeld, B. 34.40, E. 5.50, M. 0.10. Ebershausen, B. 136.—. Beucha, B. 500.—. Gailbach, B. 15.54, E. 4.—, M. 6.—. München, B. 599.97, E. 15.—, K. 88.95. Stuttgart, Div. 12.—. Laage, B. 6.10.

Udwig Geist, Kassierer. Selbstsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeißer Straße 32, IV, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bed. Folgende Personen sind wegen Streikbruchs aus dem Verbande ausgeschlossen worden: Karl Reith, Frömmersbach; Karl Wittler, Frömmersbach; Richard Permann, Frömmersbach.

Bach; Ernst Schminner, Obernhagen; Ernst Mairurm, Obernhagen; Wilhelm Mairurm, Niedernhagen; Wilhelm Gramer, Niedernhagen. Die Ortsverwaltung.

Bensheim. Dem Steinhauer Fritz Rißert ist keine Interimskarte auszustellen. Er hat noch Verpflichtungen zu erfüllen. Die Ortsverwaltung.

Neusäß. Der Kollege Karl Bauer, geb. am 14. August 1882 in Weibina, Amt Tegendorf (Verb.-Nr. 24047), hat hier seine Interimskarte in größter Unordnung liegen lassen. Joseph Labermeier, Kassierer.

Öwenberg (Schles.). Ersuche den Kollegen Joseph Böhm aus Klein-Aubeim, umgehend seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, betr. Invalidentaxe. Gg. Eisenhauer, Kassierer, Tuchmacherstraße 74.

Adressen-Henderungen.

- Gebweiler. Vorj.: Albert Deul, Bachgasse 11. Kass.: Jof. Paffelwander, Bachgasse 39. Beuthen (O.-Schl.). Vorj. u. Kass.: Jof. Paul, Bahnhofstraße 26, Seitengebäude links, part. Elberfeld. Reiseunterstützung wird ausgezahlt von mittags 12—1 Uhr und von abends 6—7 Uhr bei J. Schmidt, Wirtstraße 9. Bede. Alle Zulendungen sind zur richten an Ewald Deitenbach, Bede Nr. 36, bei Summersbach. Waldbörn. Vorj.: Otto Mairon, Obere Vorstadt. Grimma. Kass.: Arur Seiler, Brückenstraße 1, I. Osterwald (Post Hameln). Vorj.: Gustav Streich. Reichenhausen. Vorj.: Adolf Heilig. Kass.: Friedr. Keller.

Briefkasten.

B. in R. War doch zu unwesentlich. Besten Gruß! — 3. Es kommt § 1406 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Frage. — B. in R. Wegen geistiger Minderwertigkeit nach Steinhauerart abgesetzt. Das Uebrige ist sehr erfreulich. Besten Gruß! — Berlebed. Den Aufenthalt des P. B. kennen wir nicht. — R. in R. Es wurde uns darüber auch nicht die geringste Mitteilung gemacht. — Berned. Werde Dich an die Firma Dr. Cranz in Bonn. — Sittig, Langensalza. Die Kugel hat 54 cm im Durchmesser, wie groß ist der Oberflächeninhalt? Die mathematische Formel lautet: Der Oberflächeninhalt ist gleich 4πr² = d²π. Mit der Formel kannst nicht viel anfangen, es fehlen die mathematischen Vorkenntnisse. Rechnen wir also in verständlicherer Weise: Ist der Durchmesser (d) 54 cm, so ist der Halbmesser (Radius = r) 27 cm. Wir nehmen jetzt 27 cm mal 27 cm, das ergibt 0,729 qm. Nun multiplizieren wir mit 3,14 (Eubolfinische Zahl genannt) und erhalten 0,2289 qm. So, jetzt haben wir den Flächeninhalt eines Kreises mit 54 cm Durchmesser ermittelt. Der Oberflächeninhalt einer Kugel ist nun genau viermal so groß, als wie der Flächeninhalt eines Kreises, wenn dieselben Durchmesser in Frage kommen. Wir rechnen nun: 0,2289 qm x 4 = 0,9156 qm. Wie hoch nun die Flächenpreise sind, das ergibt sich aus Eueren Tarif (siehe Position 63, Ziffer 1 und 2). — Welchen kubischen Inhalt hat nun die Kugel? Die Formel lautet: 4/3 r³ π = d³ π / 6.

Die paar Ziffern und Buchstaben verursachen Dir natürlich einiges Stirnrnzeln. Wir machen's also verständlicher und schreiben: Der Kubikinhalt einer Kugel wird gefunden, wenn man den Flächeninhalt des größten Kreises, den die Kugel einnimmt, immer mit zwei Drittel des Kugeldurchmessers multipliziert. Der größte Kreis hat 54 cm Durchmesser und somit nach obiger Berechnung einen Flächeninhalt von 0,2289 qm. Zwei Drittel von 54 cm ergeben 36 cm, und nun multiplizieren wir 0,2289 qm mit 36 cm, wobei wir 0,0824 Kubikmeter erhalten. — Der Kubikmeter Kalkstein wiegt etwa 48 Zentner. Somit ist die berechnete Kugel zirka 3,93 Zentner schwer. Wäre die Kugel hohl, so würde sie 82 Liter (Vier oder antiakoholische (h) Getränke) fassen (1 cbm = 1000 Liter). Viele Grüße an die ganze Kollegenschaft.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Advertisement for Albert Baumann, Werkzeugfabrik und Hartwerk Aue (Erzgeb.). Preisliste über alle Steinmetz-Geschirre versende gratis! Lieferung sofort.

Advertisement for Schürzen, Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung. Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Advertisement for Dreher, auf Marmor oder Granit gelibt, stellt ein August Conradus, Granitwerk, Eisenach.

Advertisement for Gestorben. In Dresden am 25. Oktober der Kollege Ernst Otto Fischer, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Nordendorf am 27. Oktober der Kollege Matthias Finkl, 37 Jahre alt, an Gehirnschlag. In Pirna am 1. November der Kollege Richard Pohle, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Wäffernsdorf am 3. November der Kollege Andreas Albert, 56 Jahre alt, an Lungenleiden. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Industrie und Teuerung.

Während sich die Vertreter der Regierung hinstellen und durch allerhand falsch angewendete Zahlen die Teuerung wegdisputieren wollen, sehen die Unternehmer den kommenden Dingen mit Unbehagen entgegen. Das ist auch sehr erklärlich. Die Lage der arbeitenden Massen interessiert den Kapitalisten nicht, er ist kein Gefühls-mensch, so lange es sich um Geschäfte handelt. Aber das ist ja gerade das Schlimme: die Not der Massen beeinflusst schließlich auch das Geschäft! Wenn die arbeitenden Massen nicht mehr instand sind, Industrieerzeugnisse zu kaufen, weil die Ausgaben für Lebensmittel einen noch größeren Teil des Einkommens verschlingen, als früher, verringert sich der Absatz und damit der Profit. Und auf der andern Seite müssen die Arbeiter ihre Lohnforderungen erhöhen, wenn die Lebensmittelpreise steigen. Erhöhung der Löhne bedeutet aber ebenfalls Verringerung des Profits.

Daß die deutschen Industriellen sich darüber klar sind, erweisen einige Antworten, die der Herausgeber einer Korrespondenz für Sozialwirtschaft, Adolf Goldschmidt, bei einer Umfrage erhalten hat.

Hier einige Stichproben. Die Firma Julius P i n t s c h, Aktiengesellschaft in Berlin, meint:

Nach unserer Auffassung von der zurzeit bestehenden Teuerung der Lebensverhältnisse müssen die Arbeits- und Lohnverhältnisse zweifellos beeinflusst werden, und zwar, wie wir fürchten, in einer für den Fabrikanten nachteiligen Weise. Die in den Arbeitermassen bestehende Bewegung, ihre Lohnverhältnisse ständig zu verbessern, erhält durch die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmärkte einen wirksamen Rückhalt. Es steht zu befürchten, daß diese Situation durch erhöhte Lohnforderungen ausgenutzt werden wird und daß sich die Industrie solchen Forderungen auf die Dauer nicht wird verschließen können. (Es wird aber große Kämpfe geben. Red. d. „Steinarbeiter“.) Damit wird aber dem Produzenten, der unter den hohen Lohnsätzen schon bisher zu leiden hatte, das Leben noch schwerer und die nicht selten strapalose Konkurrenz noch fühlbarer gemacht. Ob es bei der Neigung zu immer mehr sinkenden Preisen möglich sein wird, die infolge der Teuerung erwachsenden Mehraufwendungen durch eine höhere Preisgestaltung auszugleichen, steht sehr dahin. Dazu kommt, daß manche im Zusammenhang mit der Teuerung seitens der Arbeiter vorgebrachten Wünsche nicht erfüllbar sein werden, wodurch ein Anlaß zu Unruhen bei den Arbeitern gegeben ist. Da es schon unter normalen Verhältnissen oft mit Schwierigkeiten verbunden ist, die Arbeiter bei guter Laune zu halten, kommen auch nach dieser Richtung der Industrie die Teuerungsverhältnisse zweifellos in hohem Grade ungenau.

Die Anhaltischen Kohlenwerke, A.-G. in Halle befürchten eine Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt:

Wird die Industrie durch Arbeitsknappheit und Steigerung der Lebensmittel gezwungen, höhere Löhne anzulegen, so wird sie den Schaden allein in tragen müssen, und kann naturgemäß an die Grenze kommen, wo die Rentabilität ausfällt und sie damit auch beim Wettbewerb im Weltmarkt zur Ausschaltung kommt. Das würde den Zusammenbruch der Industrie geben. Bis zu dem Extrem wird es naturgemäß nicht kommen, da sich ein derartiger Prozeß nicht schnell vollzieht und in der Zwischenzeit eine wachsende Arbeitslosigkeit sich herausbildet, die naturgemäß nicht zu einer Herabsetzung der Löhne allein, sondern auch zu einer Verbilligung der Lebensmittel führen muß. Hand in Hand damit würde dann wahrscheinlich auch eine Auswanderung in großem Maße Platz greifen.

Die Dortmunder Aktien-Brauerei in Dortmund:

Unter der Teuerung leidet unsere Erzeugung ganz erheblich, da unsere Rohstoffe, Gerste und Hopfen, außerordentlich hoch im Preise sind. Durch die Verteuerung der Lebenshaltung wird auch der Bierabsatz in Mitleidenschaft gezogen, da naturgemäß der Arbeiter seine Ausgaben zunächst an seinen flüssigen Nahrungsmitteln einzusparen sucht. Eine Rückwirkung auf unsere eigenen Lohnverhältnisse dürfte durch den laufenden Tarif, der sowieso eine Lohnerhöhung vorsieht, begrenzt werden.

Das Klima Deutschlands.*

Das Klima Deutschlands und ganz Mitteleuropas ist bedeutend günstiger, als es für einen um den 50. Breitengrad gelegenen Teil der Erde eigentlich erwartet werden darf. — Es ist in allen Jahreszeiten, zumeist aber im Winter, ganz beträchtlich wärmer, als es dem Breitengrad zukommt, im Frühling durchschnittlich etwa um 5 Grad, im Sommer um 3 Grad, im Herbst um 4 1/2 Grad, im Winter um 8 Grad Celsius. Normal für diese Breitengrade ist etwa das Klima von Petersburg — wird also gut daran. In einer geographischen Breite, auf der an gar manchen Stellen der Erde schon ein sehr rauhes und kulturfeindliches Klima herrscht — ein Stück von Labrador, das südliche Kamtschatka, ein großer Teil Sibiriens liegt z. B. mit Deutschland auf gleicher geographischer Breite — ist die Witterung bei uns in Mitteleuropa überwiegend angenehm, die Winter sind, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht allzu streng, den Sommer fehlt die unablässige, gerade in ihrer Ausdauer erschöpfende, sengende Hitze, in allen Jahreszeiten fallen die Niederschläge mit erfreulicher Gleichmäßigkeit, und am ergiebigsten gerade in den Monaten, die ihrer aus wirtschaftlichen Gründen am meisten bedürfen, im Sommer, und dennoch sind Regen und Schnee auch wieder nicht ständige Gäste in Mitteleuropa, und nicht trieft dort gewissermaßen die Luft von Feuchtigkeit, wie es in so vielen andern Gegenden der Erde und auch Europas, sei es jahraus, jahrein (wie z. B. in Bergen in Norwegen und andern norwegischen Orten), sei es in gewissen Jahreszeiten (wie z. B. in England), mit seltenen Unterbrechungen der Fall ist. Gar oft hört man zwar über unser Klima rümpeln und klagen, wenn im Sommer längere oder kürzere Epochen regnerischen und kühlen Wetters erhoffte Festtags- und Ferienfreuden beschneiden, wenn im Herbst die melancholischen

* Wir entnehmen diesen Aufsatz dem soeben erschienenen 34. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt: Gut und schlecht Wetter.“ von Dr. Richard Hennig (Leipzig, Verlag von W. G. Deubner. Mit 46 Abbildungen im Text. Gebunden 1 Mark, in Leinwand gebunden 1.25 Mark), das in fesselnder Darstellung eine Schilderung des Jahreslaufs des Wetters in Deutschland mit seinen verschiedenen Möglichkeiten, deren Ursachen und Verknüpfungen es erkennen lehrt, und zugleich eine instruktive Anleitung zum Lesen und Verstehen der Wetterkarten gibt.

Die Maschinenfabrik Kappel, A.-G. in Chemnitz:

Die Teuerung wird zweifellos insofern eine dauernd die Industrie schädigende Wirkung hinterlassen, als infolge derselben die Arbeiter höhere Löhne fordern und die erhöhten Löhne bestehen bleiben, auch wenn die Teuerung wieder verschwunden sein wird. Die Industrie wird also infolge höherer Löhne vermindert leistungsfähig sein.

Die Metallindustrie Schönebeck, A.-G. in Schönebeck a. E.:

Daß in bezug auf die Ernährung unserer Bevölkerung die ungünstigsten Verhältnisse Platz gegriffen haben, kann kein vernünftiger Mensch in Abrede stellen, ebensowenig wie, daß unsere Arbeitermassen hiervon am schwersten betroffen werden. Es ist unrichtig, für diesen Notstand allein den abnorm heißen Sommer verantwortlich machen zu wollen. Schuld daran ist vielmehr auch unsere falsche Wirtschaftspolitik, die in ständiger Steigerung eine Verteuerung aller Lebensmittel und damit eine Entwertung des Geldes herbeigeführt hat. Nur natürlich ist, daß auch der Arbeiter eine bessere Entlohnung zu erreichen sucht, um sich und seine Familie sättigen und alle Ansprüche, die Familie, Kommune und Staat an ihn stellen, erfüllen zu können. Ehrlicherweise kann man unter den gegebenen Verhältnissen solchen Bestrebungen die Berechtigung nicht absprechen. Wo bleibt dann aber die Industrie, deren Existenzbedingungen doch auch nur beschränkt sind? Kann sie noch weitere Erhöhungen der Löhne, neue Belastungen durch Steuern, soziale Fürsorge, wie Reichsversicherungsordnung usw. ohne schwere Nachteile in ihrer Existenz vertragen? Wir sagen von unserm Standpunkte als Fabrikant aus: „Nein“.

Nach unserer Ueberzeugung sind wir überhaupt erst am Anfang der Teuerung und noch fühlbarer wird dieselbe erst im Frühjahr werden. Und dann wird es auch mit der Kaufkraft des großen Publikums, das unsere Fabrikarbeiter gebraucht, vorbei sein. Alles in allem sind wir der Meinung, daß wir in unserer Branche einer schweren Notlage entgegengehen, hervorgerufen im wesentlichen durch unsere verkehrte Zoll- und Wirtschaftspolitik. Es ist ein Jammer, daß unsere Regierung sich harntätig der Notwendigkeit verschließt, Maßnahmen zu treffen, die eine Minderung des Notstandes herbeiführen können.

Indessen haben die deutschen Industriellen die Lage selbst verschuldet. Im Gegensatz zu den englischen, die seinerzeit kurzen Prozeß mit den Landlords machten und die Abschaffung der Kornzölle erzwangen, haben sie niemals einen ernstlichen Kampf gegen die junkerlichen Brotwucherer geführt. Die Lohnbewegungen, die in der Steinindustrie in den letzten Wochen geführt werden mußten, wurden schon alle durch die herrschende Teuerung beeinflusst. Immer klagen es den Unternehmern ungemütlich in die Ohren, daß die Teuerung durch Lohnzulagen ausgeglichen werden müsse.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die kapitalistische Opposition gegen Monopole. — Neuer Prozeß gegen den amerikanischen Stahltrust. — Preussische Schahenweilungen in Amerika.

Die kapitalistischen Organisationen zur Ausschaltung und Eindämmung der Konkurrenz — mögen sie sich nun Kartell, Trust, Syndikat, Verband oder sonstwie nennen — entsprechen zwar einem unausfallsamen Zuge unserer Zeit. Aber sie sind vielfach über das unruhige Stadium des tastenden Experimentierens noch nicht hinausgelangt. Ferner werden sie jederzeit eine Menge von kapitalistischen Gegeninteressen, vor allem bei den wirklich oder auch nur vermeintlich überwerteten, meist ebenfalls kapitalistischen Abnehmern der Verbandszeugnisse. Die allgemeine öffentliche Meinung steht ihnen infolgedessen immer in ihren Anschauungen gespalten gegenüber und zeitweilig brechen offene Feindseligkeiten gegen die drohenden oder bereits tatsächlich eingetretenen „Monopole“ hervor: die Gesetzgebung, die staatliche Verwaltung, die Gerichte werden für Gegenmaßnahmen in Anspruch genommen.

Deshalb ist das ganze Bild der bisherigen Verbandsentwicklung ein überaus wechsel- und widerspruchsvolles geblieben und es wäre Ueberbrettung und Widersinnigkeit, in irgendeiner wichtigeren Richtung heute überhaupt schon das wahrscheinliche abschließende Ergebnis dieses ganzen Umbildungsprozesses der

„frühen Abende“ und bunten Nachmittage das Gemüt traurig stimmen, wenn im Winter lange Wochen und Monate hindurch das monotone Schmutz- und „Ranschwetter“ herrscht, wenn im Frühjahr immer wieder rauhe Winde die Lenzregende ertönen und die Dese bis tief in den April und Mai hinein nicht erlösen dürfen. Zwar, wenn man alle diese Bemängelungen und Beschwerden zusammenfaßt, so könnte man glauben, Mitteleuropas Klima dahin charakterisieren zu müssen, daß es in der Regel sieben Monate keinen Winter und fünf Monate keinen Sommer habe. Aber dennoch, wenn man sich freimacht von pessimistischen Vorurteilen und gerecht abwägt, was die Laune der Wettergötter unsern Landesteilen an Witterungsgeigenart zugebracht hat, so kann man nicht umhin, anzuerkennen, daß wir ein glückliches Los gezogen haben.

Daß die nur mäßig hohen Frostgrade der meisten Winter und die in der Regel nur kurze Dauer wirklich strenger Kälte klimatisch und dementsprechend auch wirtschaftlich eine Wohltat sind, bedarf nicht erst des Nachweises. Doch auch die Tatsache, daß die Winter nicht allzu milde sind, daß Frost und Tauwetter sich in bezug auf ihre Häufigkeit durchschnittlich etwa die Wage halten, ist erfreulich, denn die Erfahrung lehrt, daß die Länder mit weichem, warmem Winterklima für Leib und Geist der Bevölkerung auf die Dauer nicht entfernt so gesund und erfrischend sind wie die, in denen zuweilen ein frischer, fröhlicher Frost und eine weißblinckende Schneedecke das Regiment führen. In treffender Weise hat Richard Lepsius in seinem schönen Vortrage über Kultur und Eiszeit auf dem Frankfurter Naturforschertage (1896) die Bedeutung dieser Tatsache für ein hochentwickeltes Kulturleben hervorgehoben, wenn er sagt: „Darum wollen wir uns unsres regenreichen, gemäßigten Sommers und unsres kalten Winters erfreuen; denn wir stammen aus der Eiszeit, und Schnee und Eis, das sind die Elemente, aus welchen wir wie aus einem unerhöplichen Born jedes Jahr unsre körperlichen und geistigen Kräfte erneuern.“ — Wichtig ist betont, daß auch unsre oft „verregneten“ und kühlen Sommer klimatisch als eine Wohltat angesehen werden müssen, denn sie beschützen den Früchten des Feldes das segnende Maß, das diese in so zahlreichen andern Teilen der Erde aufs schmerzlichste entbehren müssen, und sie erhalten dem Geist und dem Körper die Spannkraft, welche in der beständigen Hitze so leicht verloren geht. Ein anhaltend schöner, heißer und durrer Sommer mag der Ferienreisenden Entzücken sein (obwohl auch diese erfahrungsgemäß sehr rasch nach vorübergehendem, kühlen Regen zu letzten begimmen); für das Wirtschaftsleben und die Arbeitstätigkeit eines

alten kapitalistischen Konkurrenz voraussetzen zu wollen. Eine einfache Wiederrückbildung zum alten chaotischen, kräfteerschöpfenden Zustande des Kampfes aller gegen alle wäre unsres Erachtens vollkommen reaktionär. Aber mit einschneidenden staatlichen Eingriffen, mit unausweichlichen stärkeren Anpassungen an die Bedürfnisse der Abnehmer und Konsumenten werden die Kapitalverbände in Zukunft sicherlich mehr und mehr rechnen müssen.

Am regsamsten, freilich wohl kaum am wirksamsten betätigt sich augenblicklich die aus allen möglichen Wirtschaftsschichten emporgestiegene Opposition in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein gerichtlicher Auflösungsprozeß folgt drüben dem andern, und nunmehr ist die Reihe sogar an den Trust aller Truste, an die Vereinigte Staaten Stahl-Korporation gekommen. Beim Bundesgericht in Trenton ist am 26. Oktober von der Washingtoner Regierung ein Antrag eingereicht worden, der die Auflösung des Stahltrustes und einiger seiner Untergesellschaften verlangt.

Politische Berechnungen spielen natürlich, wie immer bei ähnlichen Anlässen in Amerika, eine Rolle bei diesem neuen Angriff mit. Daß er jedoch bei den Ratschleibenden nicht auf die leichte Achsel genommen wird, zeigt der plötzliche Sturz der Stahltruststammkette in Newyork. Am Donnerstag, den 26. Oktober, war vorübergehend noch ein Höchstkurs von 60 Proz. notiert worden, am nächsten Tage bewegten sich die Notierungen zwischen 55 und 50 Proz. Doch die günstigeren Anfangsbewertungen waren bereits der Niederschlag einer sehr verlustreichen Börsenperiode, denn zu Beginn des Februar erzielte man für Steel Common noch 82 1/2 Proz., noch anfangs August etwas über 70 Proz. Dann kam der erste große Rückschlag, bis zuletzt am 25. September der tiefste Kurs mit 51 1/2 Proz. eintrat. Jetzt kann diese Untergrenze jeden Augenblick noch überschritten werden.

Nach den Berichten der letzten amtlichen Trustuntersuchungen setzt sich die Korporation, deren meistgenannter technisch-kommerzieller Leiter Herr Gary, deren großer finanzieller Hintermann Morgan, beziehungsweise seine Bankengruppe, ist, aus 12 großen und 40 bis 50 kleineren Gesellschaften zusammen. Sie betreibt unter anderem 127 Hochofen, 254 Offenherdwerke, 24 Gießereien, 56 Röhrenwerke, 19 Drahtbletabriken, ebenso Koksöfen, Zementwerke. Ferner besitzt sie Eisenbahnen und Brauchstillschiffen, letztere vor allem über die großen Seen, um die Riesenlager im jungen menschenleeren Norden mit den Bearbeitungsstätten in den bevölkerten und alterbestehenden, mehr städtischen Distrikten in Verbindung zu bringen. Die Kohlen- und Erzfelder der Gesellschaft erreichen etwa 600 000 Acres. Das Aktienkapital des Trusts beläuft sich auf 868 Millionen Dollar (über 3 1/2 Milliarden Mark), und ein Bonds (Schuldverschreibungen) sind noch 480 Millionen Dollar, also abermals an 2 Milliarden Mark, ausgeben. Der Trust nimmt in der Union zwar nicht jene Monopolstellung ein, von der man gewöhnlich spricht. Er hat neuerdings sogar an Terrain gegenüber dem energisch sich rührenden Außenfeindtum verloren. Dennoch stellt er mit seinen etwa 45 Proz. der Gesamtroheisenproduktion der Union, mit seinen etwa 56 Proz. der Stahlgewinnung und etwa 57 Proz. der Schienenherstellung die monstrosen Kapitalzusammenhang dar, die man sich denken kann. Auf den eingeleiteten Prozeß sind daher die Augen nicht nur Amerikas, sondern der ganzen Welt gerichtet.

Die Nachricht kam um so unerwarteter, weil der Stahltrust erst kürzlich seine viel angegriffenen Abbaurechte an den Great Northern Eisenerzfeldern, wenigstens der Form nach und für einen späteren Termin, aufgegeben hatte. Ein wirrer Rattenkönig von engverwachsenen Eisenbahn- und Eiseninteressen hatte sich hier herausgebildet. Denn der Vater der ersten großen Verwertungsgesellschaft für die unergieblichen Erzfundstätten am Oberen See ist James J. Hill mit seiner Great Northern Eisenbahngesellschaft. Die heute für den wirklichen Abbau tonangebende Great Western Mining Company ist eine Filialgründung des Stahltrusts. Hier wurde die Brücke von einem Eisenunternehmen zum andern geschlagen und die verbündete Kapitalmacht betätigte sich begreiflicherweise nach außen hin in verstärkter Niederhaltung jedes möglichen Wettbewerbers. Auch sonst ging der Trust konsequent darauf aus, den Konkurrenzrenten den wichtigen Rohstofftransport nach Kräften zu erschweren oder strichweise ganz zu vereiteln.

Der Prozeß kann unter Umständen jahrelang dauern. Bis dahin kann der heutige, scharf trustfeindliche Wind längst wieder umgeschlagen sein. Auch das Ergebnis des Prozesses selber be-

Volkes stellt er eine Katastrophe dar, wie sie größer selbst eine Erfassung aller Felder in unaufhörlichen Regenfluten nicht sein kann. Gerade die Tatsache, daß unser Klima im Sommer wie im Winter gleichmäßig die goldene Mittelstraße zwischen schädlichen und verderblichen Extremen einzuhalten pflegt, ist volkswirtschaftlich ein wahrhafter und großer Segen. Dessen möge man sich bewußt sein, ehe man einstimmt in die beliebten Klagen über unser trübseliges Klima und in die Boppreisungen andrer Völkchen, „wo ein sanfter Wind vom blauen Himmel weht“, denn jenes warme, wohlige Klima, das uns so oft begehrnt wert vor- kommt, ertötet nur gar zu leicht die Schwungkraft des Geistes, und Kulturfortschritte werden in irdischen Paradiesen nicht geboren!

Daß die Hauptursache für unser merkwürdig mildes Winterklima der Golfstrom ist, ist allbekannt. Er trägt den nördlichen Küsten Europas einen guten Teil der Wärme zu, welche die Tropensonne unten im Mexikanischen Golf in die Meeresgewässer hineinträgt. Genaue Forschungen über Richtung, Temperatur, Ausdehnung und Lage des Golfstroms werden erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit systematisch angeestellt; über diese Elemente und ihre etwaige Veränderlichkeit lassen sich daher bestimmte Angaben noch nicht machen. Sollten sich aber später jährliche Schwankungen herausstellen, so wird wohl auch einmal eine Hauptquelle unsrer Klimaveränderungen in ihren Ursachen erkannt werden. Dann wird man vielleicht auch in die Lage versetzt sein, aus Beobachtungen, die man am Golfstrom macht, für Monate im voraus die Witterungsverhältnisse in Mittel-Europa, wenigstens in großen Umrissen, voraussagen zu können! Vorläufig aber sind wir noch nicht so weit!

Das Klima eines Landes hängt in erster Linie vom Stande der Sonne und ihrer Strahlungsdauer in den einzelnen Monaten ab. Doch tritt nicht eine vollkommene Parallelität zwischen Sonnenstand und Temperaturgang auf, sondern es ist insofern eine Phasenverschiebung vorhanden, als die volle Wirkung des höchsten und tiefsten Sonnenstandes, des Äquatordurchganges usw., immer erst ein paar Wochen später zur Entfaltung kommt, aus mannigfachen Gründen, denen wir an dieser Stelle nicht weiter nachforschen wollen. So ist nicht der Tag des höchsten Sonnenstandes, der 21. Juni, der Mittelpunkt des meteorologischen Sommers, sondern erst die zweite Julihälfte, und ebenso stellt sich die größte Erniedrigung der Jahreskurve der Temperatur im Durchschnitt nicht um den 21. Dezember, dem „kürzesten

hängt viellecht das Sprichwort von dem freihenden Berg. Andernfalls müßte die Kräfteleitung zu einer der schwierigsten und lebensgefährlichsten Operationen schreiten, wenn sie die Wiederauflösung in Einzelbetriebe ernstlich vollziehen wollte. Das im Falle Rockefeller nicht allzu schwierig war, weil es sich hier mehr um ein loses Konglomerat ziemlich gleichförmiger Unternehmungen und Beieilligungen handelte, erscheint beim Stahttruf fast undenkbar, denn er hat auf der einen Seite große Werte vollständig verschmolzen, auf der andern Seite Betriebe einzeln spezifiziert, so daß sie heute lebhaft als unselbständige Glieder eines vierteiligen Mechanismus dastehen. Indes wird die Suppe von den Bundesgerichten kaum so heiß gegessen werden, wie sie jetzt der Bundesanwalt anscheinend zu kochen sich bemüht.

Daß das ganze amerikanische Wirtschaftsleben im Augenblick ziemlich leblos ist, zeigte übrigens noch eine andre, vielbeachtete Erscheinung. 80 Millionen Mark preussischer Schatzscheine wurden in Newyork untergebracht. Eine solche Summe amerikanischen Geldes stellt sich also, weil gegenwärtig jenwärts des Ozeans entbehrlicher als bei uns, dem deutschen Geldmarkt zur Verfügung, und zwar bis zum April nächsten Jahres, da die Scheine eine sechsmonatliche Laufzeit haben. Für Deutschland hat das besonders wegen des schwierigen Jahreschlusses eine gewisse Bedeutung.

Berlin, 4. November 1911. Max Schippel.

Soziale Rechte und Pflichten

stellt der bekannte fortschrittliche Sozialpolitiker Heinz Potthoff in einer soeben erschienenen Broschüre mit erfreulicher Klarheit und Deutlichkeit einander gegenüber. Er schreibt: „Da der einzelne Unternehmer kein Interesse an der bauernden Leistungsfähigkeit seines Personals hat, sondern jeden Abgewirtschafteten stets durch eine andre, junge Kraft ersetzen kann, so liegt die Verantwortung recht nahe, daß er die Arbeitskräfte übermäßig ausnützt; daß er (kaufmännisch gesprochen) ohne Rücksicht auf lange Verzinsung nur auf hohe Verzinsung der menschlichen Arbeitskraft sieht; daß er durch Raubbau an der Gesundheit seiner Mitmenschen sich wirtschaftliche Vorteile schafft. Dieser Raubbau und diese Abhängigkeit bedeutet nicht nur eine Uebervorteilung des Arbeitnehmers, aus dessen Arbeit allein Zins und Rente fließen, sondern auch eine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte, einen Verstoß gegen den Kantischen Moralsatz vom Selbstzweck jedes Menschen. Sie bedeuten zugleich auch eine schwere Verletzung des Gesamtinteresses. Denn der Staat ist um seiner Bürger willen da; er muß vor allem Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der Millionen schützen; diese müssen ihm aus kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gründen wichtiger sein als die Verzinsung des in den Unternehmungen angelegten Kapitals oder irgendwelche andre Rücksichten. Denn in den Bürgern steckt der weitaus größte Teil des Nationalvermögens. Gegen 1000 Milliarden hat die Erziehung unserer 65 Millionen Menschen gekostet. Gegen diese Summe verschwindet das auf etwa 300 Milliarden geschätzte Sachgütervermögen. Die übermäßige Ausnutzung der arbeitenden Millionen durch die Arbeitgeber, der Raubbau an der Gesundheit und Arbeitskraft durch überlange Arbeitszeit, Unterernährung, Mangel an Nachtruhe, Sonntagsruhe, Erholungsurlaub usw. bedeutet eine schwere Schädigung des Volkseinkommens, eine Vergewaltigung der in den Menschen investierten Milliarden. Das wichtigste volkswirtschaftliche Interesse an der möglichst langen Erhaltung der Arbeitskraft jedes einzelnen, das sich mit dem wichtigsten politischen Interesse deckt, erfordert einerseits Schutzmaßnahmen, namentlich eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; andererseits eine Fürsorge für die Zeiten der Arbeitsunfähigkeit durch soziale Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Altersversicherung; Witwen- und Waisenversicherung; Mutterschaftsversicherung; Arbeitslosenversicherung usw.). Hier liegen die großen sozialen Probleme des zwanzigsten Jahrhunderts, die von Recht und Sitte gemeinsam gelöst werden müssen, nachdem die Technik ihren Anteil geleistet und die Vorbedingungen für die Lösung gegeben hat. Wie ist es zu erreichen, daß trotz Verdreifachung unserer Volkszahl auf jeden einzelnen unserer 65 Millionen ein Mehr an wirtschaftlichen und geistigen Gütern, an Zivilisation und Kultur kommt als auf den einzelnen der 20 Millionen zu Goethes Zeit? Für die Vertretung richtiger Sozialpolitik braucht es nur der Erkenntnis zweier einfacher Wahrheiten: das Volk ist der Staat und das Volk ist das Nationalvermögen! Wer diese beiden Wahrheiten anerkennt, gehört zu den sozialen Parteien. Ob diese Parteien in ihrem Namen und Wirken das Soziale besonders betonen oder das Liberale oder auch das Demokratische, das macht keinen entscheidenden Unterschied. Sie alle drei treffen sich in dem Urtwort vom Werte der Persönlichkeit. Sie stehen im Kampfe gegen die politischen und wirtschaftlichen Mächte, die zur Niederdrückung der Persönlichkeit schwer gerüstet sind. Interessant sind weiter noch die Darlegungen Potthoffs über die Frage der sogenannten Arbeiterinteressen. Es heißt da: „Jeder Stand hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Interessen im Wettstreite mit den andern Gruppen zu behaupten und durchzusetzen, soweit er überzeugt ist, daß es im Gesamt-

interesse notwendig und segensreich ist. Reicher ist das ja überall der Fall. Jeder Stand hält sich für besonders notwendig, seine Verwendung vor andern (das man selbst stets „Gleichberechtigung“ nennt) für ein Staatsinteresse. Das ist an sich schon ein Grund, warum kein Stand zurückbleiben darf mit seinen Interessen, damit die „mittlere Linie“ nicht von vornherein an einer falschen Stelle ansetzt. Die weit der einzelne Stand recht hat, lehrt die Unterstützung der nicht unmittelbar Interessierten, lehrt oft die öffentliche Meinung und hinterher die Geschichte. Für die Berechtigung der Arbeitnehmerbewegung spricht allgemein ein Dreifaches: Unser Recht und unsere Politik haben unter dem Einflusse römischer Jurisprudenz und altgewohnter Herrschaftsverhältnisse bisher ganz vorwiegend den Interessen des Vermögens, der Produktion und des Arbeitgebers gedient. Nachdem aber die Masse derer, die ihre Existenz auf ein Arbeits- oder Dienstverhältnis gründen, nahezu 40 Millionen in Deutschland erreicht hat, ist es zweifellos eine Notwendigkeit, daß Recht und Politik stärker als bisher den Grundgedanken anerkennen: der Staat ist um der Menschen willen da; sein Hauptzweck liegt in seinen arbeitenden Bürgern; wichtiger als Zins und Rente ist die Arbeitskraft der Millionen; das oberste Gesetz muß die Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft der gegenwärtigen und der kommenden Generation sein.“ Das ist unabweislich ein so vernünftiges Programm, daß man sich nur über die große Zahl derjenigen wundern muß, die im Rande der Denker und Dichter sich damit noch nicht einverstanden erklären wollen. Die freien Gewerkschaften bauen schon seit Anfang ihres Bestehens auf den von Potthoff jetzt erst zusammengefaßten wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Tätigkeit auf, bemerkt dazu mit Recht der Buchdrucker-Korrespondent.

Steinausreibungen.

Landesbanamt in Magdeburg. 361 Kubikmeter Pflöchter Kopsplastersteine 2. Sorte und 8550 Kubikmeter Pflöchter Chauflerungssteine.
Bürgermeister in Straßburg i. E. L. 1. Lieferung von Bruchsteinen für Böschungspflaster für die Herstellung der Uferbefestigung im Rheinhafen — Industrieböden.
Der lgl. Regierungsbaumeister in Kassel. Für den Neubau des Dienstgebäudes für die lgl. Oberzolldirektion zu Kassel: Werk- und Kunststeinlieferungen (Stufen usw. aus Granit und Kunststein, Verblendung aus Sockelgestein und Sand- und Kalkstein) zusammen oder geteilt.
Ziesbauamt in Leipzig. 1. 1030 Quadratmeter Granitplatten, 7100 Granitwellen, 700 Stück Straßeneinlaufungssteine und 150 Stück Straßeneinlaufplatten. 2. 1500 Quadratmeter bohrte Verbandsteine, 3000 Quadratmeter bohrte Steine, Klasse III a, 26000 Quadratmeter bohrte Steine, Klasse II b, 420 Kubikmeter Posaistene, 50 Kubikmeter Fußwegsteine, sowie Packlagesteine für 1912 an mehrere Unternehmer.
Bürgermeisteramt in Dischweiler. Rinnenüberbrückung aus Granitbordsteinen.
lgl. Eisenbahnbetriebsamt in Brieg. Lieferung von Granitwerksteinen für Bahnhof Brieg.
Groß. Bahnbauinspektion II in Basel. Steinhauerarbeiten (Granit- und Kunststein) für ein Maschinenhaus auf dem neuen Personenbahnhof Basel.
Wasserbauamt in Küstrin. Lieferung der Strombauwerke für das Rechnungsjahr 1912 in verschiedenen Losen.
Hochbauamt in Frankfurt a. M. Basaltarbeiten (zwei Lose) zum Neubau der Viebig-Realschule.
Magistrat in Norden. 3000 Quadratmeter Granitpflastersteine 2. und 3. Sorte.
Bürgermeisteramt in Mez. Lieferung von Bordsteinen aus Granit. 1. 2000 lfd. Meter gerade Bordsteine, 2. 150 lfd. Meter gerade Bordsteine für Einfahrten und 3. 150 lfd. Meter Kurven-Bordsteine.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Geschichte der Erde. I. Die Berg- und Talentstehen. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Von N. Bommell. 15. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 128 Seiten. Illustriert. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Auszug. — Die umgefallenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkan. — Erdbeben. — Gebirgsbildung.
Ferner ist erschienen und gelangt gleichzeitig zur Ausgabe: Aus alten Tagen. Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Von Julius Deutsch. 16. Bändchen der Kleinen Bibliothek. 96 Seiten. Illustriert. Der Verfasser schreibt in der Vorrede: Die deutsche Wirtschafts- und Kulturgeschichte pflegt in didaktischen Büchern behandelt zu werden. Die Folge davon ist, daß dieses Wissensgebiet dem Volke fremd bleibt, haben doch die meisten arbeitenden Menschen nicht Zeit zu ernstem Studium. Ich habe nun aus der Fülle der geschichtlichen Ueberlieferung einige Kapitel herausgegriffen und trage sie in

andrer Form als gewöhnlich vor. Nicht im Reibe ernster Gelehrsamkeit, sondern in der locken Hülle leichtverständlicher Skizzen verfolge ich soziale Zustände vergangener Tage zu schildern. — Mögen diese anspruchslosen Bilder dazu beitragen, deutschen Arbeitern die deutsche Vergangenheit lebendiger zu gestalten. Preis jedes Bändchens broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. Verlagspreis 50 Pfg.

Beule, Professor Dr. A., Kulturelemente der Menschheit. Anfänge und Urformen der materiellen Kultur. Mit vier Tafeln und zahlreichen Abbildungen nach Originalaufnahmen und Originalzeichnungen von A. Reineke. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Französische Verlagshandlung). Geh. 1 Mk., geb. 1.80 Mk. — Der bekannte Ethnologe Beule, dessen „Kultur der Kulturlosen“ bereits interessante Einblicke in die bunte Welt der primitiven menschlichen Kulturformen bot, läßt in diesem zweiten Bändchen seiner Serie die Schilderung der Urelemente des materiellen Kulturbesitzes folgen. Beule führt uns aus dem Völkerleben der Vergangenheit und der Gegenwart eine solche Fülle der eigenartigsten und interessantesten Darstellungen der Technik der Primitiven vor, daß es wie immer eine wahre Freude ist, unter der lebendigen Führung des Gelehrten in die elementare Völkerkunde eingeführt zu werden.

Das Bändchen ist die fünfte Jahresveröffentlichung der Kosmos-Gesellschaft (Jahresbeitrag 4.80 Mk.), die ihren Mitgliedern neben der naturwissenschaftlichen Zeitschrift „Kosmos“ und Vergünstigungen anderer Art noch jährlich gehaltvolle naturwissenschaftliche Veröffentlichungen, wie obigen Band, kostenlos liefert. Der geringe Preis von 1 Mk. wird dem vorzüglichen Werkchen aber auch bei Nichtmitgliedern die weiteste Verbreitung sichern.

Dr. S. Decker, Sehen, Riechen und Schmecken. (Auf Vorposten im Lebenskampf, Bd. II). Eine Biologie der Sinnesorgane. Mit zahlreichen Textabbildungen. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Französische Verlagshandlung, Stuttgart). Geh. 1 Mk., geb. 1.80 Mk.

Dr. B. Lindemann, Die Erde. Eine allgemeinverständliche Geologie. Lieferung 8 und 9. (Stuttgart, Kosmos, Französische Verlagshandlung.) Jede Lieferung 80 Pfg. — Die beiden neuen Hefen, in denen Lindemann mit der Kunst des allgemeinverständlichen Vortrags eine Fülle von sorgfältig ausgewähltem Material bietet, sind recht dazu angetan, die Natureindrücke, die der Sommer jedem mehr oder weniger reichlich zuträgt, zu vertiefen und zu befestigen. Die Hefen bringen, auch an Abbildungen, sehr reichhaltiges Material: neben der Analyse der Quellen, die sehr interessante Frage der unterirdischen Gewässer, wobei die vielbesprochene Donauverfälschung erörtert wird. Der Abschnitt „Der Wind als geologische Kraft“ behandelt u. a. die merkwürdige Erscheinung der Wandlerlinien und all der langsamen aber sicheren Veränderungen durch den feinschleifenden Sand.

Verbstimmung durchzieht das neueste Heft (Nr. 44) der literarischen Münchner Wochenschrift „Die Feste“. Einleitend schildert Richard Peter in seinem „Verbstimmung bei Straßburg“ wie ein sonniger Herbsttag verfließt. Johannes Trojans Skizze „Der Landmann“ lenkt die Gedanken mehr zum Spätsommer zurück, aber Albert Schaeffers keine kleine Geschichte „Der Drachen“ greift die Melodie, die zu Beginn des Heftes angeschlagen wurde, wieder auf. Interessant sind in dem Heft die „Sprüche von Handwerkerhäusern“ aus dem vorigen Prämienauschreiben der Feste, von denen wir einen vom Hause eines Münchner Buchbinders hier wiedergeben:

„Was im Kopf des Gelehrten ward erfunden,
Wird hier geleimt, geknitten und gebunden.“
August Langbeins lustiges Gedicht „Das große Los“ in der Schalldecke verhilft auch dem Humor zu seinem Rechte. — „Die Feste“ ist zum Preise von 1.50 Mk. für das Vierteljahr zu beziehen.

Tippeln.

Herrlich ist die Tuppelei,
Man erlebt sehr viel dabei.
Ningsum goldner Sonnenschein.
Labet recht zum Wandern ein.
Mit Humor und heitrem Sinn
Wandert man die Straße hin.
Noch ist Zähter in der Tasche
Und ein Tränklein in der Flasche.
Großer Mut schwellt unsre Brust,
Tuppelei! o welche Lust!
Doch sind alle die Moneten
Und der letzte Heller stöten,
Knurrt vor Hunger dann der Magen,
Geht's beim Fechten dic an'n Kragen,
Dann, mein Freund, ermanne dich,
Denk, du bist der einzige nicht.
Jenny Hora.

Aphorismen.

Keine Zerstreuung ist so billig wie Lesen und kein Vergnügen so beständig. Mary Wortley, Montagu.
Wer gern liest, besitzt das Geheimnis, Stunden der Langeweile, die für niemand ausbleiben, in Stunden des Vergnügens zu verwandeln. Montesquieu.
Der Verfasser eines Buches, ist der nicht ein Prediger, der da predigt, nicht zu dieser oder jener Gemeinde, an diesem oder jenem Tage, sondern zu allen Menschen, zu allen Zeiten und an allen Orten. Thomas Carlyle.
Des Menschen Hirn ist eine fürchterliche Waffe als die Klauen des Löwen.
Ohne Leidenschaft gibt es keine Genialität.
Alle Blüten müssen vergehn, daß Früchte beglücken.
Blüten und Frucht zugleich gebet ihr Muses allein.
Es geht uns mit Büchern wie mit neuen Bekanntschaften. Die erste Zeit sind wir hochvergnügt, wenn wir im allgemeinen Uebereinstimmung finden, wenn wir uns in irgendeiner Hauptseite unserer Existenz freundlich berührt fühlen; bei näherer Bekanntschaft treten allmählich erst die Differenzen hervor, und da ist dann die Hauptsache eines vernünftigen Vertrauens, daß man nicht, wie etwa in der Jugend geschieht, sogleich zurücktaubert, sondern daß man gerade das Uebereinstimmende recht fest halte und sich über die Differenzen vollkommen aufkläre, ohne sich deshalb vereinigen zu wollen. Goethe.
Ein lehrreiches Zeugnis.
„Bei den Arbeitern sind die Beiträge für die Partei und die Gewerkschaft recht eigentlich produktive Ausgaben. Starke Gewerkschaften und eine große Zahl Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung und in den Parlamenten ist das sicherste Mittel, um gute Arbeitsbedingungen, geringere Kommunalsteuern, reichliche Unterstützung in Notfällen und eine glänzende Gestaltung der Arbeitslosenversicherung, der Gewerbeordnung usw. durchzusetzen. Die Opferwilligkeit der Arbeiter ist also genau genommen nicht Idealismus, sondern gesunder Egoismus.“
(Dr. Karl Fleisch, Frankfurt a. M., Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, in Nr. 172 (1910) des „Berliner Tageblatt“.)

Tag“, ein, sondern erst um Mitte Januar. Die beiden Termine, zu denen die Sonne im Äquator steht, der 21. März und der 23. September, sind aus demselben Grunde, trotz gleich langer Sonnenstrahlung, in bezug auf ihre Witterung noch grundverschieden voneinander, und die Wirkung macht sich in der Weise geltend, daß zumelst erst rund vier Wochen später, um den 20. April und den 20. Oktober, vergleichbare, ungefähr übereinstimmende Temperaturverhältnisse herrschen. Kurz und gut: Die meteorologischen Jahreszeiten sind gegen die astronomischen durchweg um einen Monat verschoben.

Das Volk trägt dieser Wahrnehmung von alters her dadurch Rechnung, daß es die astronomisch bedeutsamen Tage des 21. März, 21. Juni, 23. September und 21. Dezember nicht, wie es bei rein objektiver Betrachtung als selbstverständlich erachtet werden müßte, als Mittel- und Höhepunkt, sondern zum Anfangspunkt der jahreszeitlichen Bezeichnungen Frühling, Sommer, Herbst und Winter gemacht hat. In der landläufigen Auffassung ist also die Mitte des Frühlings um Anfang Mai, die des Sommers um Anfang August, die des Herbstes und Winters um Anfang November bzw. Anfang Februar anzusetzen. Damit ist freilich wieder über das Ziel hinausgeschossen, wie man auf den ersten Blick erkennt, denn die tatsächliche Mitte der einzelnen Jahreszeiten fällt durchschnittlich etwa drei Wochen früher, als es der volkstümlichen Definition der Jahreszeiten entspricht. Der Fachmeteorologe hat sich daher eine noch andre Einteilung der Jahreszeiten geschaffen, welche den tatsächlichen Verhältnissen ungleich besser als jene entspricht. Diese Einteilung, der auch wir uns in folgenden anpassen müssen, rechnet für Deutschland, wie für die ganze gemäßigte Zone der nördlichen Halbkugel den

Frühling vom 1. März bis 31. Mai,
Sommer vom 1. Juni bis 31. August,
Herbst vom 1. September bis 30. November,
Winter vom 1. Dezember bis 28. (29.) Februar.

Dann fällt also, wie es der Wirklichkeit vollständig entspricht, der Höhepunkt des Sommers auf Mitte Juli, der des Winters auf Mitte Januar usw.
Nun ist aber die Regel zu beachten, daß die Temperaturkurve Deutschlands keinesfalls etwa von Mitte Januar bis Mitte Juli regelmäßig an- und von Mitte Juli bis Mitte Januar regelmäßig absteigt. Daß innerhalb der einzelnen Jahre ein so gleichartiger Verlauf niemals eintritt, ist ja allbekannt und bedarf nicht der Erörterung. Aber auch in den aus jahr-

zehnte- und jahrhundertelangen Beobachtungen gewonnenen Durchschnittswerten zeigen sich einige bemerkenswerte Unregelmäßigkeiten im Gange der Temperaturkurve, die unmöglich bloße Zufallserscheinungen sein können, denn sie zeigen sich in gleicher Weise an allen deutschen Beobachtungsstationen, gleichviel ob deren Temperaturaufzeichnungen erst ein paar Jahrzehnte, oder, wie in Berlin, bereits zwei Jahrhunderte alt sind. Im aufsteigenden Ast der Temperaturkurve gibt es ein paar charakteristische Senkungen („Kälterückfälle“), im absteigenden ein paar nicht minder charakteristische Hebungen („Wärmerückfälle“). Sie sind durch eine bestimmte Luftdruckverteilung gekennzeichnet, aus der sich ihre charakteristischen Witterungserscheinungen unschwer ableiten lassen. Warum freilich gerade diese eine Luftdruckverteilung sich immer um die gleiche Zeit des Jahres herausbildet, darüber sind zurzeit kaum Hypothesen möglich, und wo solche dennoch aufgestellt worden sind, stehen sie auf äußerst schwankendem Boden.

Im Klima Mitteleuropas gibt es vier hauptsächlichste Kälterückfälle, um Mitte Februar, Mitte März, Mitte Mai und Mitte Juni, und zwei große Wärmerückfälle, in der zweiten Hälfte des Septembers und der ersten Hälfte des Dezembers. Unter ihnen ist der Kälterückfall um Mitte Mai der weitaus bekannteste und dennoch der unbeträchtlichste; er deutet sich in der mittleren Jahreskurve der Temperaturen der deutschen Städte nicht einmal an, während die andern drei Kälterückfälle, insbesondere die um Mitte Februar und Mitte Juni, äußerst scharf ausgeprägt sind. Wenn trotzdem die „kalten Tage des Mai“ sehr viel berühmter und populärer sind, als die regelmäßigen Kälterückfälle des Jahres, so ist lediglich die Tatsache daran schuld, daß ein starker Rückgang der Temperatur im Februar, März und Juni nicht entfernt so viel Schaden an der Vegetation anzurichten vermag, als im Monat Mai, wo jede größere Abkühlung die Gefahr von Nachfrösten in sich schließt.

Jedenfalls ist die Tatsache festzustellen, daß in allen Gegenden der Erde zu bestimmten Zeiten des Jahres gewisse Kälterückfälle und Wärmerückfälle der Temperatur üblich sind. In Chile zum Beispiel gibt es um Anfang November, also im dortigen Frühling, einen außerordentlich gefährlichen Kälterückfall, der sich mit unsern „kalten Tagen des Mai“ an Verheertheit durchaus messen kann; er hat schon oftmals sehr großen Schaden gestiftet, so daß man dort dem gefährlichsten Tage, dem 1. November, der bekanntlich der katholische Feiertag „Aller Heiligen“ ist, statt dieses Namens die Bezeichnung „Aller Teufel“ beigelegt hat.